

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hülsen- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 M. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeile 40 Pfg. Telephon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc. sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Arbeiterfleiß.

Die Räder rollen, die Kessel glüh'n
Und die Hämmer sausen und klingen.
Aus lodernben Flammen die Funken sprüh'n,
Rauchwolken die Lüfte durchdringen.

Wer atmet und schafft in dampfender Glut,
Der gebietenden Pflicht zu genügen?
Wer strebt mit ungebrochenem Mut
Einen eisernen Boden zu pflügen?

Ein „Hoch“ dem rastlosen Arbeiterfleiß!
Ein Handdruck der schwierigen Rechten! —
Hoch über dem flammenden Sonnenkreis
Wird Gott die Kronen euch flechten.

Wo soll's hinaus?

Der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hielt am 27. Oktober in Berlin seine diesjährige Generalversammlung ab. Der Geschäftsführer dieser Organisation der Grobeisenindustriellen, der bekannte Generalsekretär S. A. Bueß, ging in seinem Geschäftsbericht u. a. auch auf die Arbeiterfrage näher ein. Nach dem Bericht der Kreuz-Ztg. stellte Bueß zunächst eine Zunahme der Streiks fest. Die Kämpfe seien einige Zeit hindurch für die Arbeiter immer ungünstiger geworden, was wohl auf den Zusammenschluß der Arbeitgeber zurückzuführen sei. Die notgedrungen von den Arbeitgebern aufgenommene Taktik der Aussperrung hätte sich bewährt. Infolgedessen hätte man angenommen, daß die Arbeitgeber schließlich doch gegenüber den Arbeiterorganisationen den Sieg davon tragen würden. Das habe sich geändert. Der Kampf im Baugewerbe habe mit einer Niederlage der Arbeitgeber geendet. Er sei aber auch sehr langsam vorbereitet gewesen. Von noch größerer Bedeutung sei der Ausgang des Werftarbeiterstreiks gewesen. Auch hier hätten die Werften fast in jeder Beziehung nachgegeben. Worauf dies zurückzuführen, sei ihm nicht vollständig bekannt. Jedenfalls hätte das zur Arbeitgeberorganisation gehörende Baugewerbe in Hamburg, Stettin usw. die ausgesperrten Metallarbeiter aufgenommen. (Nach unserer Ansicht trifft das nicht zu. A.) Die dritte schwere Niederlage hätten die Arbeitgeber in Bremen erlitten. Die Industrie werde über kurz oder lang vor die Frage gestellt werden, ob sie die Gewerkschaftsorganisation brechen wolle, wozu außerordentliche Opfer gehören, oder ob sie sich, wie dies schon unter den Buchdruckern der Fall ist, den Gewerkschaften beugen will.

Dabei werde das Vorgehen der Arbeiter in den Organisationen immer schlimmer, die Koalitionsfreiheit werde zum Koalitionszwang. Hauptächlich das Streikpostenstreiken müsse bekämpft werden. In Moabit sei die Masse zur Revolte übergegangen, als die Polizei die Arbeitswilligen schützte. In republikanischen Staaten gehe man demgegenüber ganz anders vor. Man gehe schweren Zeiten entgegen usw. — Auch in der an den Geschäftsbericht anknüpfenden Diskussion spielte diese Seite der Arbeiterfrage die Hauptrolle.

Es ist schon so! Die Herren Scharfmacher halten die gegenwärtige Zeitlage für besonders günstig, einen energischen Vorstoß zwecks Durchführung ihrer Pläne zu machen. Neben dem Sturm auf gegen unsere Sozialpolitik fordern sie einen verstärkten Schutz für die sogenannten Arbeitswilligen. Sie sind eifrig dabei, das Material zu einer Neuauflage des Buchtausegeses zusammenzutragen; wir erinnern hier an die in Nr. 45 bereits veröffentlichten Rundschreiben des Zentralverbandes deutscher Industrieller und des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen.

Das beachtenswerteste in der gegenwärtigen Situation aber ist, daß neuerdings weitere Kreise, die bislang eine andere Stellung eingenommen haben, mehr und mehr sich zu der Seite der Scharfmacher wenden. Woher dieser Umschwung zu Ungunsten der Arbeiterschaft?

Noch während des Kampfes im Baugewerbe hat die bürgerliche Presse im allgemeinen eine den Arbeitern günstige Haltung eingenommen. Selbst Blätter, die vorwiegend die Interessen der Arbeitgeber vertreten, haben es seiner Zeit nicht an Tadel der Maßnahmen des Arbeitgeberverbundes für das Baugewerbe fehlen lassen. Mit einem Worte, die öffentliche Meinung stand auf Seiten der Arbeiter und war mitbestimmend für ihren Erfolg.

Wie ganz anders war schon die Situation beim Werftarbeiterstreik. Lehnten die Arbeitgeber im Baugewerbe ein unparteiisches Schiedsgericht ab, so die sozialdemokratischen Gewerkschaften ein gemeinsames Verhandeln mit den übrigen Organisationsrichtungen. Hier wie dort hatte man durch einen Mißgriff die Sympathie der öffentlichen Meinung für seine Sache verjährt. Selbst die Androhung der großen Aussperrung in der Metallindustrie brachte keinen Umschwung in der öffentlichen Meinung zuwege. Durch die großemwahnsinnige „Taktik“ der sozialdemokratischen Führer war der Bewegung eben der Stempel einer sozialdemokratischen Machtprobe aufgedrückt worden. Warum doch das Resultat des Kampfes ein für die Arbeiter günstiges geworden ist, und die Aussperrung im Metallgewerbe in letzter Stunde vermieden wurde, so lag das weniger an der Macht der sozialdemokratischen Verbände, als vielmehr an der Einsicht der Arbeitgebervertreter. Der „Macht“-Mantel der sozialdemokratischen Verbände hat den einen „Erfolg“ zu verzeichnen, daß durch die gescheiterte Ausschaltungspolitik gegenüber den nichtsozialdemokratischen Verbänden der Kampf nutzlos um Wochen verlängert wurde. Welchen Eindruck muß aber ferner der unbeteiligte Dritte von einer gewerkschaftlichen Aktion bekommen, die gesellschaftlich berechtigte wirtschaftliche Forderungen der Arbeiterschaft mit der roten Partijade uniformiert? Kann man sich da noch wundern, wenn in der Öffentlichkeit mehr und mehr wieder diejenigen Strömungen zum Durchbruch kommen, die jede, an sich noch so berechtigte Forderung der Arbeiterschaft mit allen Mitteln zu unterdrücken und niederzuhalten suchen?

Es ist eine unleugbare Tatsache, daß dem radikalen Flügel der Sozialdemokratie in letzter Zeit der Kampf mächtig geschwollen ist. Die überhandnehmenden Terrorismusfälle gegenüber Andersdenkenden und andere Symptome zeigen zur Genüge, daß neben den leuchtigen sozialdemokratischen Wahlerfolgen ein fanatischer und brutaler Uebermut einhergeht. Die maß- und zügellose Schreibweise und bodenlos unverkämte Heze der sozialdemokratischen Presse erklärt demjenigen, der sie verfolgt, vieles, wenn nicht alles.

Gewiß kann es vorkommen, daß im wirtschaftlichen Kampfe einmal ein Moment eintritt, wo schmachlich beleidigte Mammes- und Menschenwürde in der Abwehr oder Notwehr die Grenzen des gemeinhin Zulässigen im ersten Eifer nicht beachtet. Hier gilt ganz gewiß das Wort, daß die Verhältnisse oft stärker sind wie die Menschen. Ganz anders aber verhält es sich mit den in letzter Zeit sich häufenden Pöbelergüssen; diese haben in den betreffenden Vorkämpfern nicht die Ursache, noch viel weniger eine berechnete oder menschlich verständliche. Eine blindwütig aufgepeitschte Masse, die systematisch verhetzt und von einem Protesttrümmel in den andern gejagt wird, die in jedem Polizisten einen Bluthund erblickt, die läßt sich auf die Dauer beim gegebenem Anlaß nicht mehr zurückhalten. Und wenn die „Erziehung“ der Massen durch die Sozialdemokratie so fort betrieben wird, so ist die Gefahr der Kompromittierung der wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterschaft durch revolutionäre Exzesse und Krawalle in Bälde eine allgemeine geworden.

In weiten „Nachläufer- und Genossentreisen“ hegte man ja bereits angesichts der sich häufenden Krawalle die Meinung, jetzt gehe es bald los, der Tag der gewaltigen Abrechnung mit der „verlohten Bourgeoisie“ breche bereits an. Die Idee des Massenstreiks ist bei diesen Massen so tief, daß die Warnungen der „freien“ Gewerkschaftspressen folgen müssen. Ihre ganze Erziehung ist eine solche, daß sie beim geringsten Anlaß nicht mehr vernünftigen Erwägungen ihr Ohr leihen werden; die schillernde demagogische Phrasen hat sie fasziniert.

Die Krawalle in Moabit, Bremen, Köln und neuerdings wieder am Wedding im Norden Berlins waren Ausschreitungen rohester Art. Sie sind um so viel schlimmer, als sie nicht etwa einer momentanen Erregung entsprangen; nein, der ganze Verlauf und das Verhalten der Beteiligten zeigt die Erziehungsfrüchte der jahrelangen Verhetzung der Massen durch die Sozialdemokratie. Die tätlichen Angriffe auf die „Arbeitswilligen“ stehen mit einer lokalen Ausübung des Koalitionsrechts im schärfsten Widerspruch. Man mag über diese Leute und ihre Motive denken wie man will, man mag es auch in lokaler Weise versuchen, sie von dem Unnoblen ihres Tuns zu überzeugen, aber Uebergriffe gegen ihre persönliche Freiheit müssen organisierte Arbeiter unter allen Umständen unterlassen. Wo würden wir denn wohl hingeraien, wenn an Stelle des gütlichen Hintertreffes und aufklärenden Zuredens die Streikposten ihre Tätigkeit mit Knüppeln und Revolvern ausüben würden. Eine Sache, die zu solchen Mitteln greifen muß, ist von vornherein verloren und kann die Arbeiterinteressen nur schädigen.

So spielt der sozialdemokratische Radikalismus dem Scharfmachertum die Trümmer geradezu in die Hände. So hold war das Glück dem Scharfmachertum seit langem nicht mehr. Warum böte sich ihnen auch wohl jemals schöneres Material zur Erwirkung des sehnlichst erwarteten Verbots des Streikpostenstreikens? Mit dem Erlaß dieses Verbotes aber wäre das Koalitionsrecht der Arbeiter wertlos gemacht.

Im Lebensinteresse der Arbeiterschaft aber liegt nicht die Beschränkung, sondern der Ausbau des Koalitionsrechts. Der bekannte § 153 der G.-O. steht einer fortschrittlichen Tarifpolitik hindernd im Wege; er muß fallen. Um so bebauerlicher sind solche Ausschreitungen und der überhandnehmende Terrorismus, wodurch den Gegnern das Wasser auf die Mühlen geleitet wird. Das ist der Erfolg der unverantwortlich leichtfertigen und demagogischen Hezarbeit der sozialdemokratischen Presse und Agitation: Das Scharfmachertum gewinnt Oberwasser in der öffentlichen Meinung; die Gefahr der Verschlechterung unserer sozialen Gesetzgebung ist damit in greifbare Nähe gerückt. Jedenfalls aber wird es den Scharfmachern viel leichter sein, den Ausbau der Sozialgesetzgebung zu verhindern.

Wir wollen nicht behaupten, daß die sozialdemokratische Gewerkschaftsrichtung von dieser Wirkung der Parteitagitation und -heze sonderlich erbaut sein wird, aber von einer Mitschuld daran ist sie keineswegs freizusprechen. In Scharen hat sie die Massen der Partei des Umsturzes in die Arme getrieben, sich geradezu fortgesetzt mit ihr identifiziert. Sie, die da behauptet, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung zu vertreten, hat sich die Führung der von ihr gesammelten Massen von unverantwortlichen Demagogen leichtfertigen Kalibers entringen lassen. Und weiter: statt nun ihre mißleiteten Anhänger zur Ordnung zu rufen, sieht die sozialdemokratische Gewerkschaftsrichtung mit verschränkten Armen zu, wie die sozialdemokratische Heze die Dinge auf die Spitze treibt und die Massen aufs neue in Protesttrümmelungen gegen die Berliner Polizei und die Pläne der Scharfmacher aufpeitscht. Glaubt man denn wirklich, die Öffentlichkeit damit über die wahren Dinge hinwegzutäuschen?

Bei dieser ganzen Protesttrümmelerei handelt es sich um ein planmäßiges demagogisches Manöver der sozialistischen Maitatoren. Öffentlichlich will man da-

mit das gerade Gegenteil von dem erreichen, was man in den Resolutionen fordert: zu Zwecken der nächstjährigen Reichstagswahlen möchte man die Einbringung einer neuen Zuchtstausvorlage provozieren. Die Arbeiterinteressen sind das Unhängeschild, hinter dem die Prokateure in der unverantwortlichsten Weise mit dem Feuer spielen.

Den einschüchtligen Arbeiter aber, der mit seinem Stände fühlt und berast und lebt und den ehrlichen Arbeiterfreund kann dieser Gang der Dinge nur mit Schmerz und Trauer erfüllen. Frei und unbekümmert um die Günst und Unade Gutmeinender von rechts und links haben wir für die Arbeiterrechte gekämpft und gestritten und hatten und haben nicht nötig, nach irgend einer Seite um Duldung oder Günst zu wuseln. Wir können und dürfen es darum nicht unterlassen, mit aller Entschiedenheit darauf hinzuweisen: Mit den oben gekennzeichneten Treibereien ist der Arbeiterschaft nicht gedient.

An die bürgerlichen Politiker und die Regierung aber richten wir den dringenden Appell, kaltes Blut zu bewahren und sich nicht durch diese Treibereien provozieren zu lassen. Auf sozialpolitischem Gebiet muß ernste und nachhaltige Arbeit geleistet werden. Wenn die Sozialdemokratie durch fortgesetztes Schimpfen auf unsere soziale Gesetzgebung den bürgerlichen Sozialpolitikern ihre Arbeit zu vereiteln sucht, so darf sie damit ebensowenig Glück haben wie jene Scharfmacherkreise, die die Regierung durch fortwährenden Hinweis auf die Ergebnislosigkeit der sozialen Versöhnung durch die Arbeiterversicherungs- und Arbeiterchutzgesetzgebung scharf zu machen versuchen. Man soll ohne Nebenabsicht den berechtigten Wünschen der Arbeiter Rechnung tragen, auch bedenken, daß es Millionen von Arbeitern gibt, die der Sozialdemokratie keine Gefolgschaft leisten. Für uns christliche Gewerkschaftler aber entzweit neu die Pflicht, mit aller Entschiedenheit auf die Stärkung der christlichen Gewerkschaften hinzuwirken. Nur indem wir Massen gewinnen, wird es uns möglich, das gefährliche und schädliche Treiben der Sozialdemokratie wirksam zu bekämpfen, andererseits aber dem gesunden Aufstieg der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen.

Die Kommissionsberatung der Reichsversicherungsordnung.

Sie werden viel bemitleidet, die Reichsböten, die fast tagtäglich in stundenlangen Sitzungen die Reichsversicherungsordnung beraten, um möglichst Brauchbares an dem Regierungsentwurf herauszuschälen. Bemitleidet deshalb, weil viele ihre mühevollen Arbeit als Sisyphusarbeit (vergebliche Arbeit) ansehen. Wir haben immer mehr die Ueberzeugung gewonnen, daß bei manchen dieser mitleidigen Seelen der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Hoffentlich aber wird ihr Wunsch ein „frommer“ bleiben. Wir schöpfen diese Hoffnung aus der Tatsache, daß nicht nur bei der Mehrheit der Reichstagskommission sich der feste Wille zeigt, etwas Positives zu schaffen, sondern daß auch die Reichsleitung kürzlich zu erkennen gegeben hat, daß sie an der Erledigung des ganzen Gesetzentwurfs festhält. In der Kommissi-

onsberatung vom 27. September war es, als Staatssekretär Dr. Desbriél bekaunte, die verbündeten Regierungen legten den größten Wert darauf, daß dieses Gesetz noch in dieser Session zustande komme, und zwar nicht nur einzelne Teile, sondern das ganze Gesetz. Er, der Staatssekretär, sei der Ansicht, daß dieses Ziel wohl erreicht werden könne.

Und es kann auch erreicht werden. An der Kommission wird es wohl nicht fehlen, es zu erreichen, denn sie arbeitet flott, sehr flott sogar. Hat sie doch seit Wiederbeginn der Sitzungen nach ihren Sommerferien am 20. September nicht nur das ganze dritte Buch, die Unfallversicherung umfassend, beraten, sondern auch schon ein Stück des vierten Buches, das die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung umschließt, erledigt. An dem bestehenden Unfallversicherungsrecht sieht allerdings die Versicherungsordnung auch nicht viel Änderungen vor. (Unsere Lesern sind sie aus unseren Artikeln vom vorigen Jahre bekannt.) Und die Kommission hat, obgleich sie auf diesem Gebiete immerhin noch manche verbessernde Abänderungen des Entwurfs beschlossen hat, die Unfallversicherung durch ihre Beschlüsse materiell nicht mehr belastet, vielmehr die darauf hinauslaufenden sozialdemokratischen Anträge abgelehnt. Auch unsere Kollegen Behrens, Beder, Schirmer und Wiedeberg haben gegen die sozialdemokratischen Anträge auf Erhöhung der Unfallrenten gestimmt, weil sie nicht wollten, daß durch die Annahme dieser, zum Teil zwar sehr berechtigten Anträge den sozialpolitischen Reaktionen ein Mittel gegeben würde, den ganzen Gesetzentwurf zu Fall zu bringen. Die Gegner der Sozialpolitik weisen jetzt schon darauf hin, daß die über die Regierungsvorlage hinauslaufenden Beschlüsse für die Konkurrenzfähigkeit unseres Gewerbes sehr gefährlich würden, denn das Ausland komme durch die Versicherungsordnung auf sozialpolitischem Gebiete in immer weiteren Abstand hinter Deutschland. Und was beispielsweise die Berufsgenossenschaften für einen politischen Einfluß besitzen, ist aus der Geschichte der Sozialpolitik heraus bekannt. Und die Regierung erklärte kategorisch, unter keinen Umständen noch mehr an Belastung zuzulassen. Unsere Kollegen sagten sich deshalb, es ist ein schlechter Jäger, der mehrere Hasen auf einmal jagen will. Es passiert ihm dann fast regelmäßig, daß er keinen zur Strecke bringt. Besser ist es schon, man läßt drei bis vier Hasen in alle Winde laufen und geht nur einem nach, und hat man diesen in die Küche gebracht, sucht man auch die anderen zu erlegen. So machen es die Arbeiter ja auch bei ihrer gewerkschaftlichen Aktion, auch die sozialdemokratischen Arbeiter. Und als erfahrene Gewerkschaftler haben unsere Kollegen diese Taktik auch auf die gesetzgeberische Aktion angewandt, zumal die Geschichte unserer staatlichen Sozialpolitik voll von Beispielen für die Richtigkeit dieser Taktik ist.

Nichtsdestoweniger aber glauben wir, daß die Mehrheit der Kommission, bestehend aus Nationalliberalen, Freisinnigen, Konservativen und Reichspartei, die Anträge unserer Kollegen Beder und seiner politischen Freunde hätten annehmen können, ohne das Gesetz damit zu gefährden, Anträge nämlich, solche Unfälle, die auf dem Wege von und zur Arbeit entstehen, mehr als bisher als Betriebs-

unfälle anzusehen sowie bestimmte Gewerbekrankheiten (Bleibergiftungen etc.) ebenfalls der Unfallversicherung zu unterstellen.

Wir glaubten diese allgemeinen Bemerkungen machen zu müssen, damit die Taktik unserer Kollegen in der Reichstagskommission von den christlichen Arbeitern verstanden wird, zumal vorauszusetzen ist, daß die sozialdemokratischen Alles- oder Nichtspolitiker nicht wenig gegen unsere Kollegen im Reichstage hehen werden. Im Nachfolgenden werden wir dann, wie bisher, so eingehend wie möglich über die Kommissionsverhandlungen berichten.

1. Die Gewerbeunfallversicherung.

Durch Beschluß der Kommission wurde der Unfallversicherung auch der Wirtensfischerbetrieb unterstellt. Im übrigen sind die den Umfang der Versicherung betreffenden Paragraphen ziemlich unverändert angenommen. Zu den oben schon erwähnten Fragen, ob Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeit und bestimmte gewerbliche Berufskrankheiten, wie Vergiftungen usw., als Betriebsunfälle im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes zu betrachten und zu entschädigen sind, lagen Anträge der Sozialdemokraten und des Zentrums vor. Die Sozialdemokraten wollten jeden Unfall eines Arbeiters, der „auf dem notwendigen Wege nach und von der Arbeitsstätte“ entsteht, sowie alle „Erkrankungen, die durch die Arbeit im Betriebe hervorgerufen oder verschlimmert worden sind“, als entschädigungspflichtigen Unfall betrachtet wissen. Dagegen wurde eingewandt: man könne den Unternehmern, die doch allein die Beiträge zur Unfallversicherung ausbringen, nicht zumuten, Unfälle zu entschädigen, die beispielsweise dadurch entstehen, daß ein Arbeiter auf abschüssiger Strecke auf der Fahrt nach Hause sein Fahrrad laufen lasse und dabei verunglücke, oder daß ein Arbeiter auf dem Nachhausewege wegen Trunkenheit zu Schaden komme. Ebenso könne nicht jede Krankheit, die durch die Arbeit im Betriebe entsteht oder verschlimmert werde, zu einem entschädigungspflichtigen Unfall gemacht werden. Wer wolle z. B. auch entscheiden, ob die Lungenschwindsucht eines Webers eine Folge der Arbeit des Webers sei. Der Begriff „Unfall“ decke doch etwas ganz anderes, als was in dem sozialdemokratischen Antrage über Berufskrankheiten gedacht ist. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß das bisherige Recht den Begriff „Betriebsunfall“ bei Unfällen auf dem Wege von und zur Arbeit und den Begriff „Unfall“ bei Berufskrankheiten zu sehr einschränkt. Es wurde deshalb beantragt, dem Paragraphen 566 folgenden Absatz 2 beizufügen:

„Wie weit unfälle auf dem Wege nach oder von der Betriebsstätte als Betriebsunfälle gelten sollen, bestimmt das Reichsversicherungsamt.“

Das Reichsversicherungsamt ist bei Prüfung dieser Art Unfälle immer auf die Frage angewiesen, ob sie in unmittelbarem Bereiche der Betriebsgefahren entstanden sind. Durch Annahme des Antrags wäre es in die Lage versetzt worden, aus den von ihm gesammelten Erfahrungen heraus zu bestimmen, inwieweit des ferneren noch Unfälle auf dem Wege nach und von der Betriebsstätte als Betriebsunfälle zu betrachten seien, um so einerseits die Härten, die das jetzige Recht in sich schließt, zu beseitigen, andererseits aber auch die Unternehmern vor einer Belastung zu bewahren, die man ihnen billigerweise

Aluminium.

Gewinnung, Verarbeitung und Verwendung.

Der Name Aluminium stammt von Alumen ab, dem lateinischen Namen für Alaun. In diesem, schon im Altertum bekannten Salze, welches bis im 15. Jahrhundert aus dem Orient zu uns kam, war von den Alchimisten eine eigentümliche Erde nachgewiesen worden, welche Alaunerde genannt wurde. Im Anfang des vorigen Jahrhunderts, im Jahre 1808, entdeckte der Chemiker Davy, daß die Erden Metallalloyde seien und nannte das Metall dieser Erden Aluminium, d. h. Alaunerdenmetall. Versuche, das Metall herzustellen, gelangen ihm aber nicht. Versuche von Dersted im Jahre 1824—1825 blieben ebenfalls erfolglos. Wöhler gelang es 1827, das metallische Aluminium in kleineren Mengen zu gewinnen und im Jahre 1854 dem französischen Gelehrten Sainte Claire Deville größere Mengen herzustellen.

Der Herstellungsweise nach Wöhler, welche in ihren Prinzipien bis etwa vor 20 Jahren beinahe ausschließlich zur technischen Darstellung des Aluminium vorbildlich war, lag folgendes Verfahren zu Grunde:

Aluminiumchlorid wurde mit metallischem Kalium in einem dichtverschlossenen Tiegel zusammengeschmolzen und man erhielt unter einer Schale von Chlorkalium das Metall, wenn auch noch nicht als reines Metall, so doch in Form eines grauen Pulvers. Vorläufig waren aber die gewonnenen Mengen so gering, daß der Gedanke an eine technische Verwendung ausgeschlossen erschien.

Dies wurde erst angebahnt, als Sainte-Claire Deville sich mit der Darstellung des Aluminium beschäftigte. Die ersten Versuche Devilles begannen im Jahre 1854. In diesem Jahre gelang es auch Wöhler zum ersten Mal, und zwar auf elektrischem Weg, das Metall herzustellen. Da jedoch in jener Zeit der elektrische Strom nur schwer zu beschaffen

war, konnte an eine technische Gewinnung auf diesem Wege nicht gedacht werden. Die chemischen Methoden hatten vorerst vor den elektrotechnischen einen gewaltigen Vorsprung.

Die Versuche Devilles wurden durch Napoleon III. unterstützt, der zu Beginn des Jahres 1855 anordnete, daß in der chemischen Fabrik zu Javelle Versuche über die Darstellung des Aluminiums im großen, auf seine Kosten angestellt wurden. Hierzu stellte er einen unbeschränkten Kredit zur Verfügung. Wie kostbar die Herstellung des Aluminium in jener Zeit war, geht daraus hervor, daß 1855 das Kilo ca. 3000 Frs. = 2400 Mk., kostete.

Die schöne weiße Farbe des Aluminium, die Tatsache, daß es beim Schmelzen und Gießen kaum oxydierte und auch in siedendem Wasser ziemlich blank blieb, seine Hämmerbarkeit, Beständigkeit an der Luft, sein geringes spezifisches Gewicht und seine bedeutende Zähigkeit ließen vermuten, daß es bei hinreichend billigem Preise im Stande sein würde, für viele Zwecke das Silber zu ersetzen, und daß man aus demselben eine Reihe nützlicher Gegenstände werden fertigen können.

Enttäuschungen und pessimistische Stimmen konnten nicht ausbleiben; denn die Erwartungen und Hoffnungen, welche auf das neue Metall von der ganzen gebildeten Welt gesetzt wurden, konnten kaum alle eintreffen. Die Pariser Westausstellung von 1856 war berufen, dem Märchen von Silber aus Lehm ein Ende zu bereiten. Hier mußte das Aluminium öffentlich sich zeigen, und es war leicht zu erkennen, daß bei weitem der größte Teil von dem, was man von ihm gehört hatte, auf Rechnung der Leichtgläubigkeit der großen Massen zu setzen sei. Statt der erwarteten Berge von Aluminium fand man nur zwölf kleine Barren, die vielleicht im ganzen ein Kilo wogen, wenig genug für eine Entdeckung, welche die Welt aus den Angeln zu heben bestimmt schien.

Sainte-Claire Deville setzte inzwischen seine Versuche unermüdet fort. Im Prinzip wendete er vorerst das alte Wöhler'sche Verfahren zur Aluminiumherstellung an, nahm aber statt des teuren Kaliums das billiger zu erhaltende Natrium als Reduktionsmittel. Er leitete, ähnlich wie Wöhler es getan hatte, Aluminiumchlorid dampfförmig über erhitztes Natrium. Später benutzte er dieselbe Doppelverbindung, welche Wöhler zu seinem elektrolytischen Versuchen angewendet hatte, nämlich Aluminiumnatriumchlorid; dasselbe ist technisch besser geeignet. Mit diesem Verfahren war es Deville möglich, größere Mengen des Metall herzustellen. Sein Verdienst ist es hauptsächlich, daß die Herstellungskosten bedeutend reduziert wurden. Zur selben Zeit wurde auch ein neues Mineral in größeren Mengen, Kryolith, in Südgrönland gefunden und nach Europa gebracht. Es war natürlich, daß dieses Material, welches so großes Interesse erweckte, nach Konstatierung seiner Zusammensetzung auch zu Versuchen zur Aluminiumdarstellung benutzt wurde. Bald fand man, daß Kryolith eine ausgezeichnete Substanz war, um alle Metalle, besonders das Kupfer, mit Aluminium zu überziehen. Da Kryolith nicht flüchtig ist, sich mit Leichtigkeit zum feinsten Pulver bringen läßt, wasserfrei ist und auch keine Feuchtigkeit aus der Luft anzieht, so bietet er außerordentliche Vorteile gegen seine Verbindungen dar.

Nachdem die ersten Versuche in größerem Maßstabe gelungen waren, errichtete Deville in La Glaciere, in der Nähe von Paris, eine Anlage zur Aluminiumfabrikation und der Preis des Metalls konnte bald auf 240 Mark pro Kilo herabgesetzt werden. Der Betrieb mußte jedoch bald wegen Mangel der Nachbarschaft über die nachteiligen Wirkungen der sich entwickelnden Gase eingestellt werden. Man bildete sich eine Gesellschaft und gründete die Aluminiumfabrik zu Rantorre in Paris. Später wurde die Fabrik nach Salindre verlegt und war lange Jahre

nicht zumuten kann. Betreffs Berufskrankheiten lautet ein Zentrumsantrag:

„Durch Beschluß des Bundesrats kann die Unfallversicherung auf bestimmte gewerbliche Berufskrankheiten ausgedehnt werden.“

Dabei hatte man Berufskrankheiten im Auge, die nach den Ergebnissen der medizinischen Wissenschaft als direkte Folge der Betriebsmäßigkeit anzusehen sind, z. B. Milzbrand der Arbeiter in den Bürstenfabriken, bestimmte Krankheiten der Arbeiter in chemischen Fabriken usw. Diese Berufskrankheiten im Gejeh selbst aufzuzählen, ging nicht, der Weitjchichtigkeit halber; noch mehr aber deshalb nicht, weil die Arbeit der medizinischen Wissenschaft auf diesem Gebiete noch zu wenig abgeschlossen ist. Die Regelung sollte deshalb Bundesratsverordnungen vorbehalten bleiben, weil diese den Ergebnissen der medizinischen Wissenschaft jchneller angepaßt werden können, als ein alle gesetzgebenden Faktoren durchlaufendes Reichsgesetz. Leider aber wurden beide Anträge abgelehnt.

Desgleichen wurde ein zweiter Antrag von der Mehrheit (Konservative, Reichspartei, Nationalliberale und Freisinnige) abgelehnt, Betriebsbeamte mit einem Gehalt bis zu 5000 Mk. der Unfallversicherung zu unterwerfen, anstatt 3000 Mk. der Regierungsvorlage. Dem § 570 der Regierungsvorlage, der die freiwillige Selbstversicherung der Unternehmer regelt, wurde von der Kommission folgender Absatz beigelegt:

„Die Satzung kann bestimmen, daß die freiwillige Versicherung außer Kraft tritt, wenn der Beitrag nicht innerhalb der gesetzlichen oder satzungsmäßigen Frist bezahlt worden ist, und daß eine Neuanmeldung solange unwirksam bleibt, bis der rückständige Beitrag entrichtet worden ist.“

Der § 576 jagt:

„Hat der Verletzte sich den Unfall beim Begehen einer Handlung, die nach strafgerichtlichem Urteil ein Verbrechen oder vorjähliches Vergehen ist, zugezogen, so kann der Schadenersatz ganz oder teilweise verjagt werden.“

Trotz des lebhaften Widerspruchs der Preussischen Bergwerksverwaltung wurde hierzu folgender Antrag des Zentrums angenommen, und zwar der Eigentümlichkeit halber, weil die Arbeitsordnungen im Bergbaubetrieb polizeilichen Charakter tragen:

„Die Verletzung bergpolizeilicher Verordnungen gilt nicht als Vergehen im Sinne des vorstehenden Absatzes.“

Seitens der Kommissionmehrheit wurde anerkannt, daß es nicht selten vorkomme, daß Unfallverhütungsvorschriften deshalb nicht wärdlich beobachtet werden, weil sie zu unzumutbar wären. Sie hatte deshalb schon vorher dem Paragraphen 575, welcher lautet:

„Dem Verletzten und seinen Hinterbliebenen steht kein Anspruch zu, wenn sie den Unfall vorjählich herbeigeführt haben.“

noch folgenden Absatz 2 hinzugefügt:

„Jährlässigkeit, selbst grober Art, oder verbotwidriges Handeln schließt den Erjag des Schadens nach § 574 nicht aus.“

Um diesen Kommissionsbeschluß, der bei vernünftiger Auslegung des Gesetzes überflüssig ist, verjahren zu können, sei der Paragraph 574 wörtlich wiedergegeben:

hindurch, wenn auch nicht die einzige, so doch die größte, bekannteste und leistungsfähigste Aluminiumproduzentin. Hier wurde an steter Vervollkommnung der chemischen Methode zur Darstellung des neuen Metalls gearbeitet; doch gelang es nicht, ihm einen maßgebenden Einfluß in der Technik zu verschaffen, wie es seither der Fall gewesen ist. Dazu waren die Herstellungskosten noch zu bedeutend.

Nach vielen vergeblichen Bemühungen gelang es in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts, die Herstellungskosten des Aluminium bedeutend zu verringern. Einerseits wurde die zu benötigende elektrische Kraft immer billiger und andererseits entdeckte man die Herstellung aus reiner Tonerde, aus Bauxit. Diese Tonerde ist ein natürliches, viel vorkommendes Tonerdehydrat. Man unterscheidet einen roten Bauxit, welcher sehr eisenreich, dagegen sehr kieselarm ist, und einen weißen Bauxit mit großer Kieselsäure- und geringem Eisengehalt. Der erstere enthält etwa 20 bis 25 Prozent Eisenoxyd und 1 bis 5 Prozent Kieselsäure; der letztere bis 5 Prozent Eisenoxyd und bis 25 Prozent Kieselsäure. Als Ausgangsmaterial zur Herstellung reiner Tonerde kommt hauptsächlich der rote Bauxit in Betracht. In rohem Zustande kann weder der eine noch der andere zur Aluminiumherstellung dienen.

Beide Sorten finden sich in ausgedehnten Lagern, namentlich in Südfrankreich, in der Nähe der Rhonemündung. Durchschnittlich haben diese Lager eine Mächtigkeit von 8 Metern, bisweilen sogar 30 bis 40 Meter. Eine technische Ausbeutung wird an etwa 50 bis 60 Orten in der Gegend von Luchhornet und Brignol betrieben. Der Tonergehalt dieses Bauxit beträgt etwa 70 Prozent, ausgedrückt als Tonerdehydrat. Der Preis an Ort und Stelle pro Tonne etwa 15 Mk. Die meisten deutschen Tonerdefabriken beziehen ihr Material von der genannten Fundstelle. Doch sind auch einige weitere Fundorte, wenn auch von geringerer Wichtigkeit. So

„Gegenstand der Versicherung ist der in den folgenden Vorschriften bestimmte Erjag des Schadens, der durch Körperverletzung oder Tötung (im Betriebe, d. Verf.) entsteht.“

Abgelehnt wurden dann folgende §§ 582 und 583 der Regierungsvorlage, die nichts anderes als eine Konzession an die Gegner der kleinen Renten waren:

§ 582. Renten, die in Höhe von einem Fünftel der Vollrente oder weniger gewährt werden, können auf eine vorausbestimmte Zeit beschränkt werden. Dabei ist die vorausjähliche Dauer der Einbuße an Erwerbsfähigkeit maßgebend.

Die zeitliche Beschränkung ist nicht anfechtbar; sie fällt von selbst weg, wenn im Spruchverfahren die Rente über das Fünftel erhöht wird.“

§ 583. „Ist der Verletzte nach Ablauf der vorausbestimmten Zeit noch in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt, so kann er eine neue Feststellung der Rente verlangen.“ Das Entsprechende gilt, wenn die Rente im voraus für bestimmte Zeiten verschoben hoch bemessen ist.

Die neue Rente kann nur für die Zeit nach Anmeldung des Anspruchs verlangt werden.“

Die Kommissionmehrheit war der Ansicht, daß die beiden Paragraphen nichts anderes seien, als eine Verschiebung der Beweislast vom Versicherungsträger auf den Rentenempfänger. Was an den beiden Paragraphen berechtigt sei, könne der Versicherungsträger auch nach dem bisherigen Recht erreichen, welches deshalb wieder herzustellen sei. Nach dem bisherigen Recht kann die Berufsgenossenschaft ja auch durch Zustellung eines neuen Bescheids an den Versicherten die Rente kürzen, wenn sich der Zustand des Verletzten gebessert hat. Den Beweis dafür aber muß die Berufsgenossenschaft in dem etwa entstehenden Rentenstreitverfahren bringen.

Die Berufsgenossenschaft ist bekanntlich im allgemeinen von der vierzehnten Woche nach dem Unfall ab leistungspflichtig. Die Kommission nahm nun noch einen Paragraphen 603a folgenden Wortlaut an:

„Hat die Berufsgenossenschaft zu einer Zeit, für die sie nach § 577 leistungspflichtig ist, die Fürsorge für den Verletzten nicht übernommen, und hat für diese Zeit die Krankenkasse, knappschaftliche Krankenkasse oder Unfallkasse nach § 197 in Verbindung mit § 1483 geleistet, so ist die Berufsgenossenschaft für diese Zeit an die Feststellung der Krankenkasse, knappschaftlichen Krankenkasse, Unfallkasse in bezug auf die Erwerbsunfähigkeit des Verletzten gebunden.“

Zum Verständnis dieses Beschlusses sei folgender Fall konstruiert:

Ein Mechaniker erlitt bei seiner Arbeit eine Augenverletzung und wurde von dem Arzte der Krankenkasse behandelt. Nach Ablauf von 13 Wochen nach dem Unfalltage übernahm aber die Berufsgenossenschaft aus irgend einem Grunde nicht gleich die Fürsorge für den Verletzten, jodaf dieser die Krankenkasse weiterhin in Anspruch nahm. Der Arzt der Krankenkasse aber verbot dem Verletzten, die Arbeit schon wieder aufzunehmen; dem leistete der Verletzte Folge. Nach einiger Zeit nun übernimmt die Berufsgenossenschaft die Heilbehandlung. Ihr Vertrauensarzt gibt ein Gutachten, nach welchem der Verletzte schon von Beginn der 14. Woche vom Tage des Unfalles ab wieder beschränkt arbeitsfähig gemessen sei und schlägt deshalb von der 14. Woche ab, also jenem Tage, an welchem die Berufsgenossen-

schaft trotz Leistung der Krankenkasse entschädigungspflichtig ist, eine Teilrente, sagen wir mal von 40 % der Vollrente, vor. Und sollte selbst der Arzt der Berufsgenossenschaft recht haben, so muß nach obigen Beschlüsse die Berufsgenossenschaft dem Mechaniker doch vom Tage der 14. Woche ab bis zu jenem Tage, an dem sie selbst den Verletzten in Heilbehandlung nahm, die Vollrente zahlen. Denn der Verletzte befolgte ja nur die Weisungen des Kasernenarztes, der ihm jegliche Arbeit untersagte. Und diesem Gebote mußte der Verletzte folgen. Daraus darf ihm doch kein Nachteil erfolgen, der, weil er nicht arbeiten durfte, bei einer Rente von 40 Prozent der Vollrente ihm erwachsen würde. Die Berufsgenossenschaft kann ja von der 14. Woche ab den Verletzten selbst in Heilbehandlung übernehmen; tut sie es nicht, dann muß sie auch die Folgen tragen. Der Beschluß des Reichstages in dem § 603a ist also durchaus billig. Eine andere Frage allerdings ist, ob die Formulierung des § 603a zutreffend ist. In Rücksicht dessen behielt man sich seitens einer bürgerlichen Partei alles für die zweite Lesung vor:

Der § 606 regelt die Bezüge für die Witwe und die Kinder eines durch einen Unfall getöteten Arbeiters. Die Bestimmung „für jedes hinterbliebene Kind“ änderte die Kommission wie folgt: „für jedes Kind, zu dessen Unterhalt der Verstorbene gesetzlich verpflichtet war“. Damit wird auch dem unehelichen Kinde eines verunglückten Vaters eine Hinterbliebenenrente gesichert, genau wie den ehelichen Kindern.

Auf Antrag der Konservativen wurde dann noch folgender § 614a angenommen:

„Die Hinterbliebenen eines Ausländers, welcher zur Zeit des Unfalles nicht im Inland ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatten, haben keinen Anspruch auf die Rente. Durch Beschluß des Bundesrats kann diese Bestimmung für bestimmte Grenzgebiete sowie für die Angehörigen solcher auswärtigen Staaten, durch deren Gesetzgebung eine entsprechende Fürsorge für die Hinterbliebenen durch Betriebsunfall getöteter Deutschen gewährleistet ist, außer Kraft gesetzt werden.“

Nach einem Beschlusse der Kommission zu § 615 soll in folgenden Fällen seitens der Berufsgenossenschaften dem Verletzten möglichst Krankenhauspfllege gewährt werden, und zwar wenn

- 1. die Art der Verletzung eine Behandlung oder Pfllege verlangt, die in der Familie des Verletzten nicht möglich ist,
2. die Krankheit ansteckend ist,
3. der Zustand oder das Verhalten des Verletzten eine fortgesetzte Beobachtung erfordert.

Desgleichen wurde folgender § 615a von der Kommission eingefügt:

„Mit Zustimmung des Versicherten kann auch Hilfe und Wartung durch Krankenpflleger, Krankenschwestern und andere Pflleger insbesondere auch dann gewährt werden, wenn die Aufnahme des Verletzten in ein Krankenhaus geboten, aber nicht ausführbar ist, oder ein wichtiger Grund vorliegt, den Verletzten in seinem Haushalt oder in seiner Familie zu belassen.“

Eine gegenüber dem bestehenden Recht vorgejehene Verschlechterung in § 626 der Vorlage wurde von der Kommission wieder beseitigt. Nach geltendem Recht und auch nach der Regierungsvorlage darf in den ersten zwei Jahren nach der gesetzlichen Rentenfestsetzung von der Berufsgenossen-

findet er sich in der Gegend von Blitten bei Wiener-Neustadt (Niederösterreich), bei Feistritz in Krain und in Steiermark, in Dalmatien, in der irländischen Grafschaft Antrim und an verschiedenen Orten Amerikas. Ein kleines, nun schon beinahe aufgebrauchtes Lager liegt bei Hadamar in Hessen. In der Gegend von Mannheim wird die Erde von Hadamar rein oder mit französischem Bauxit vermischt technisch verarbeitet.

Seit dem Jahre 1889 hat das Aluminium — den gegenteiligen Prophezeiungen zum Trotz — eine ganz allgemeine Ausdehnung im Handel und in der Industrie gewonnen. Es findet heutzutage in allen Formen und Dimensionen Verwendung, vom Fingerhut, von Visitenkarten und dergleichen Sächelchen — die nur Bruchteile eines Grammes wiegen — angefangen, bis zu Gegenständen von mehreren Tonnengewicht, wie Schiffschrauben, Luftschiffgerüsten und dergleichen.

Unter den Metallen, mit denen das Aluminium legiert wird, sind hauptsächlich Eisen, Kupfer, Nickel, und Neusilber zu nennen. Die Form, in der es für sich oder als Legierung zur Anwendung gelangt, ist sehr mannigfaltig; es kommt stab-, draht-, blech-, rohr- und pulverförmiges Aluminium in den Handel.

Auch zur Bildung schwerer Legierungen kann Aluminium Verwendung finden. Kupfer oder Messing, mit 3—10% Aluminium legiert, gibt sehr widerstandsfähige Bronzen.

Zweifellos sind es die elektrolytischen Darstellungsmerkmale, denen die steigende Produktion und Konsumtion des Aluminiums während der letzten Jahre zu verdanken ist. Die Weltproduktion des Aluminiums, die noch im Jahre 1889, also zu einer Zeit, in der die elektrolytische Aluminiumgewinnung eben erst ihren Aufschwung nahm, nicht mehr als 70 To. betrug, stieg im Jahre 1900 auf 4682 To.

Die Aluminiumproduktion in den verschiedenen Ländern von 1885 an bis 1905 beträgt:

(In Tonnen = 1000 Kg.)

Table with 6 columns: Jahr, Verein-Staaten, Schweiz, Frankreich, England, Deutschland. Rows for years 1885, 1890, 1895, 1900, 1905.

Bezüglich der Höhe der Aluminiumproduktion stehen die Vereinigten Staaten an erster Stelle; dann folgt die Schweiz, Frankreich, England und Deutschland. Dank der neuen Einrichtung der Anlage in Badisch-Rheinfelden, die von der Aluminium-Industrie-Aktien-Gesellschaft in Neuhäusen (Schweiz) errichtet wurde, wird Deutschland wohl bald Frankreich und der Schweiz ebenbürtig zur Seite stehen, ja vielleicht ist dies heute schon der Fall.

Von allen Nationen, die eine Aluminiumproduktion aufzumeifen haben, ist Frankreich jedenfalls am meisten begünstigt, denn es besitzt nicht nur natürliche Kraftquellen, die eine leichte und erfolgreiche Ausdehnung der neuen Industrie gestatten, sondern auch — im Gegensatz zu den andern Ländern — ausgedehnte Lager von Bauxit, der ja das notwendige Ausgangsmaterial für die Aluminiumgewinnung darstellt.

Die Totalproduktion des Aluminium von 1885 bis inkl. 1905 beträgt 28 370 Tonnen. Die 7670 Tonnen, die im Jahre 1905 produziert wurden, repräsentieren einen Kaufpreis von 19 1/2 Millionen Mark, und erfordern eine elektrische Kraft von 32 000 Pferden bei ununterbrochenem Tag- und Nachtbetrieb. Die disponible Energie, die bei voller Ausnutzung sämtlicher Fabriken, die elektrometallurgisch Aluminium erzeugen, zur Verfügung stünde, ist weit höher; sie beläuft sich auf 65 000 Pferde.

Interessant ist es auch, wie mit der Vervollkommnung der Technik zur Herstellung des Aluminiums, auch der Preis ständig fiel. Wie oben schon angeführt,

...zeit durch berufungsfähigen Bescheld die Rente neu festgesetzt werden. Diese Neu- festsetzung wird natürlich fast immer nur eine Herab- setzung der Rente sein. Nach Ablauf von zwei Jahren vom Tage der ersten Rentenfestsetzung ab darf eine neue Feststellung der Rente (Verkürzung) jedoch nur in Zeiträumen von mindestens einem Jahre erfolgen. Gegen diese Bestimmung läßt sich nichts einwenden. Denn es ist vorauszusetzen, daß z. B. bei einem glatten Knochenbruch in den ersten zwei Jahren sich die Besserung in dem Zustand des Verletzten sehr schnell vollzieht, so daß man der Berufsgenossenschaft auch die Möglichkeit lassen muß, die Rente, die in der ersten Zeit vielleicht 60 bis 70 Prozent der Vollrente beträgt, entsprechend der schnellen Besserung in der Berufsfähigkeit des Ver- letzten zu ermäßigen. Nach zwei Jahren vom Tage der ersten Rentenfestsetzung ab aber, so darf man schließen, vollzieht sich die Besserung in dem Zustand des Verletzten nicht so rasch. Er soll dann auch gegen Rentenverkürzungen in zu kurzen Zeiträumen geschützt sein, sobald sie höchstens stets nach Ablauf eines Jahres erfolgen dürfen. Die Berufsgenossenschaft kann nun nach § 620 jederzeit ein neues Verfahren des Ver- letzten eintreten lassen, wenn zu erwarten ist, daß es die Erwerbstätigkeit des Unfallrentners erhöht. So verfügte auch das bestehende Recht. Letzteres sah aber vor, daß auch dann, wenn die Arbeitsfähigkeit des Verletzten durch das Heilverfahren erhöht wurde, die Rente in derselben Höhe das ganze Jahr seit der letzten Rentenfestsetzung hindurch weiter bezahlt wer- den mußte, vorausgesetzt, daß die Zeit von zwei Jahren nach der ersten Rentenfestsetzung bereits zu- rückgelegt war. Also trotz Heilverfahrens mußte in letzterem Falle die jährliche Schutzfrist innegehalten und erst dann konnte eine Rentenverkürzung vorge- nommen werden. Die Regierungsvorlage wollte nun, daß auch nach Abschluß eines Heilverfahrens die Rente jederzeit neu festgesetzt werden könnte. Das lehnte die Kommissionmehrheit ab. Ja, die Kom- mission fügte noch auf Antrag des Zentrums hinzu, daß auch im Falle des § 623 die Rente noch das ganze Jahr nach der letzten Festsetzung weitergezahlt werden müsse, falls zwei Jahre nach der ersten Rentenfestsetzung verfloßen seien, und ging damit über das bestehende Recht und die Regierungsvorlage hinaus. Der § 623 der Vorlage lautet:

„Hat der Verletzte eine Anordnung, die das Heil- verfahren betrifft, ohne gesetzlichen oder sonst triftigen Grund nicht befolgt, und wird dadurch seine Erwerbs- fähigkeit ungünstig beeinflusst, so kann ihm der Schad- enersatz auf Zeit ganz oder teilweise ver- sagt werden, wenn er auf diese Folge hingewiesen worden ist.“

Und nach den dargelegten Beschlüssen zu § 626 zeigt er sich in folgender Fassung:

„In den ersten zwei Jahren, nachdem die Entschädi- gung durch endgültigen Bescheld oder rechtskräftiges Urteil gesetzt (oder nach Abschluß eines Heilverfahrens neu) fest- gestellt worden ist, darf wegen einer Veränderung im Zu- stand des Verletzten eine neue Festsetzung jederzeit, nach Ablauf der zwei Jahre jedoch nur in Zeiträumen von mindestens einem Jahre vorgenommen oder beantragt wer- den. Vorstehende Bestimmung findet auch auf die Verjagung des Schadenersatzes im Sinne des § 623 Anwendung. Die Zeiträume können durch Uebereinkommen gekürzt werden.“

Betrug der Preis für das Kilo Aluminium im Jahre 1855 2400 Mark. Im Jahre 1857 fiel er auf 240, 1863 auf 140, 1865 auf 100, 1869 bis 1886 auf 80 Mark. Im Jahre 1887 kostete das Kilo 75, im Jahre 1888 56, und im Jahre 1889 40 Mark. Von 1890 bis 1896 fiel der Preis auf 4 Mk., 1897 auf 3,50 Mk., und 1899 kostete das Kilo Aluminium noch 3 Mark. In den Jahren 1900 und 1901 fiel der Preis von 2,50 auf 2 Mk. und heute kostet das Kilo Aluminium durch- schnittlich 1,80 bis 1,90 Mk.

Das plötzliche Sinken der Preise gegen Ende der neunziger Jahre ist aber nicht mehr die Folge der Vervollkommnung der Herstellungsmethoden. Kleine Verbesserungen sind zwar noch gemacht worden, aber der erbitterte Konkurrenzkampf, welcher in die- sen Jahren zwischen den verschiedenen Ländern ent- brannte, ist die Hauptursache. Die Elektrometallurgie des Aluminiums steht heute auf einem Punkte der Vervollkommnung, der kaum wesentlich überschritten werden dürfte.

Verarbeitung.

Im allgemeinen kann man sagen, daß sich Alu- minium in gleicher Weise und mit denselben Werk- zeugen bearbeiten läßt wie Kupfer, aber mühseliger als dieses. Das Aluminium läßt sich kalt schmieden, ziehen und walzen, ohne daß ein vorhergehendes Ausglühen unbedingt erforderlich wäre. Ist aber ein Erhitzen nötig, so ist es zweckmäßig, dies höchstens bis zu 350 Grad zu tun.

Das Aluminium kann sehr schön poliert werden, nur ist der Glanz nicht weiß wie bei Silber oder Nickel, sondern bläulich wie bei Zinn. Die Stücke werden zunächst mit Bimsstein entfettet und hier- auf mit Bürsten poliert, die mit einer Paste einge- rieben sind. Letztere besteht aus halbfleinem Schmirgel, der mit Talg zu kleinen Bröckchen angerührt ist. Die Politur wird schließlich mit Polierseife unter Zuhilfenahme von Terpentinöl beendet.

Die eingeklammerten Worte sind von der Kom- mission gestrichen und die fett gedruckten hinzuge- setzt worden.

Die Voraussetzungen für das Ruhen der Rente umschreibt der § 632 der Vorlage. Er wurde an- genommen mit nachstehendem Zusatz:

„Die Rente ruht, solange der berechnigte Ausländer nicht im Inland seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Diese Bestimmung kann durch Beschluß des Bundesrats für bestimmte Grenzgebiete oder für solche auswärtige Staaten, durch deren Gesandtschaft deutschen, durch einen Unfall verletzten Arbeitern eine entsprechende Fürsorge ge- währleistet ist, außer Kraft gesetzt werden.“

Eine Kapitalabfindung der Rentenempfänger soll nach § 633 möglich sein, sofern die Rente nicht mehr wie 20% der Vollrente (nach bestehendem Recht 15%) beträgt. Auf Antrag des Zentrums wurde im Inter- esse der Rentenempfänger noch bestimmt (§ 634 a), daß die Kapitalabfindung unter Berücksichtigung des Zinsfußes, der Sterblichkeit und der voraussichtlichen Rentenänderung zu berechnen ist.

Den Zinsfuß stellt der Bundesrat fest. Er kann auch im übrigen nähere Bestimmungen für die Ka- pitalabfindung erlassen; dann sind diese Bestimmun- gen für die Berechnung maßgebend.

Zu dem Kapitel Unfallverhütung wurde in einem der Vorlage angefügten § 854 a beschlossen, daß all- jährlich der Vorstand der Berufsgenossenschaft unter Hinzuziehung der Vertreter der Versicherten (welch- letztere ja auch nach § 851 zur Beratung und zum Beschluß über Unfallverhütungsvorschriften hinzu- zuziehen sind) zu den Verlehten der technischen Auf- sichtsbeamten anzuregen hat, die zur Verbesserung der Unfallverhütungsvorschriften geboten erscheinen.

Der Wahlmodus für die Vertreter der Ver- sicherten nach § 851 wurde von der Kommission er- heblich anders gestaltet wie in der Vorlage. Diese sah die Wahl der genannten Vertreter der Versicherien durch die Vertreter der Versicherten in den Aus- schüssen der Landes- (Invaliden-)versicherungsanstal- ten vor. Nach dem Kommissionsbeschlusse werden in- folge eines Antrages des Kollegen Behrens die Ver- treter der Versicherten, wie sie § 851 vorsteht, von den Versicherungsvertretern der Oberversicherungs- ämter gewählt, in deren Bezirk die Ge- meinschaft oder Sektion Mitglieder hat. Wahlbe- rechtigt sind jedoch nur solche Versicherungsvertreter der Oberversicherungsämter, welche als Vertreter der landwirtschaftlichen Unfallversicherung oder See-Un- fallversicherung zugehören. Die Knappschafts-Berufs- genossenschaft kann durch die Satzung bestimmen, daß die Vertreter der Versicherten Knappschaftsälteste sein müssen. Nach diese Bestimmung getroffen, so werden die Vertreter der Versicherten von den Knappschafts- ältesten der beteiligten Knappschaftsvereine und Knappschaftskassen gewählt. Die Vertreter der Ver- sicherten werden nach den Grundsätzen der Verhält- niswahl gewählt. Die Wahlordnung kann die Stimm- abgabe auf Vorschlagslisten beschränken.

Nach der Regierungsvorlage sollen die Gewossen- schaften auf Verlangen des Reichsversicherungsamts verpflichtet sein, technische Aufsichts- beamtete zwecks Durchführung der Unfallverhütung anzustellen; bisher war diese Verpflichtung nicht gegeben. Die Kommission billigte die Vorlage

und fügte noch hinzu (§ 873), daß als technische Aufsichtsbeamte auch solche Personen angestellt wer- den können, die früher den verarbeiteten Betrieben als Arbeiter angehört haben.

Nach längerem Darlegen des Regierungsver- treters und eingehender Diskussion genehmigte die Kommission gegen vereinzelt Stimmen die §§ 741 ff der Vorlage, welche die Frage des Referendums regeln. Sie beschloß aber noch einen § 741 a, nach welchem der Bundesrat im Jahre 1921 dem Reichs- tag die gesetzlichen Vorschriften, betreffend Rücklagen, zur erneuten Beschlußfassung vorzulegen hat.

Damit sind die wichtigsten Beschlüsse und An- träge der Kommission zur gewerblichen Unfallver- sicherung besprochen worden.

Zum Versammlungswesen.

Eine alte Klage.

Man begegnet ihr überall, sie ist schon alt und will nicht verklingen, die Klage über „mangelhaften Be- such unserer Versammlungen.“ Es ist betrübend. Denn die Versammlungen sind neben dem Organ eines unserer wichtigsten Erziehungs- und Bildungsmittel. Er- ziehung und Bildung der Mitglieder aber sind im Interesse der Arbeiterschaft mit unsere Hauptaufgaben. Aber sie sind nicht so leicht. Viel schwerer, als Mitglieder ge- winnen, ist, sie erziehen, dauernd an den Verband festzuhalten, und es schmerzt mehr, einen Kollegen aus dem Verband scheiden zu sehen, als bei zehn unorganisierten Berufsgenossen vergebens anklopfen. Wollen wir lebendige und treue Mitglieder haben, so müssen wir neben anderem sinnem, die „Versammlungsliebe“ zu über- winden. Was ist da zu tun? Etwas „zum Einnehmen“ dagegen kennen wir noch nicht. So müssen wir's denn durch andere Mittel versuchen und nicht zuletzt dadurch, daß wir unsere Versammlungen möglichst inhaltreich und anziehend gestalten. So berechtigt die Klagen über Saubheit der Mitglieder in punkto Versammlungsbesuch sind, so sicher ist auch, daß diese „Saubheit“ vielfach durch die Versammlungen selbst hervorgerufen wird.

Unsere gewöhnlichen Mitgliederversammlungen haben hier und da den Mangel an sich, nicht genügend vor- bereitet zu sein. Es ist ja gar nichts neues, daß die Tagesordnung erst in der Versammlung selbst zusammen- gestellt wird, so daß sie also vor der Versammlung gar nicht bekanntgegeben werden konnte. — Durchweg sieht man sich auch allzu spät nach einem Referenten um, dem dann kaum genügend Zeit verbleibt, ein gebiegenes Referat vor- zubereiten. — Art und Zeit der Versammlung haben auch gar nicht die untergeordnete Bedeutung für den Erfolg, die man ihnen in der Regel beimißt.

Vielen Uebeln des Versammlungswesens begegnet man durch Festlegung eines Versammlungsprogramms für eine bestimmte Zeitperiode.

Es ist z. B. sehr zweckmäßig, im Herbst ein Programm aufzustellen, das sich über die Zeit von Oktober bis April erstreckt. Ein solches Winterprogramm (gedruckt oder hektographiert) ist allen Mitgliedern anzustellen, es muß Ort und Zeit der Versammlungen, sowie die vorgesehenen Vorträge und die Namen der Redner angeben. Am besten wählt man für den Druck des Programms Papier von der Größe, daß es — einmal gefaltet — im Mitgliederbuch auf- bewahrt werden kann. Das ist wohl der beste Platz; da geht es nicht verloren und fällt auch oft genug auf.

Die Aufstellung des Winterprogramms bietet nament- lich diese nennenswerten Vorteile: 1. daß überhaupt mehr Vorträge gehalten werden; 2. daß sie den örtlichen Ver- hältnissen und Bedürfnissen entsprechen; 3. daß die Vor- träge eine zweckmäßige Abwechslung bieten; oder unter-

Das reine Metall ist gegliht sehr schmiegsam, läßt sich leicht treiben, aber weniger gut härten, und besitzt, bearbeitet, nur geringe Steife. Die Legierun- gen sind hingegen auch getrieben ungemein wider- standsfähig.

Die große Schwierigkeit, zwei Aluminiumstücke miteinander zu verbinden (löten), beruht darauf, daß sich an der Lötstelle ein äußerst feines Zonerde- häutchen bildet, welches sich der Vereinigung des Metalls mit dem betreffenden Lote widersetzt. Bei großer Sorgfalt sind jedoch mit folgender Legierung gute Resultate zu erzielen:

1. 1 Teil Silber, 2 Teile Aluminium,
2. 85—95 Teile Zinn, 15—5 Teile Wismut,
3. 99 Teile Zinn, 1 Teil Wismut; bei Zusatz von 1 Teil Aluminium gewinnt dieses Lot sehr an Haltbarkeit.
4. 4 Teile Zinn, 5 Teile Wismut, 5 Teile Alu- minium.

Man wärmt zunächst die beiden vorher wohlge- reinigten Stücke vorsichtig an und führt hierauf das Lot mittels eines Lotzeisens zu, wobei Baseline oder Paraffin als Flussmittel dienen.

Verwendung.

Das Aluminium hat sowohl in reinem Zustande, als auch legiert mannigfache Anwendung gefunden, nicht nur im Handel und im Kleinergewerbe, sondern auch in der Großindustrie, in der Chemie und Me- tallurgie.

Zu Beginn der neunziger Jahre wurde Alumi- nium vielfach zu Gebrauchs- und Luxusgegenständen verarbeitet. In den letzten Jahren ist man allerdings größtenteils wieder davon zurückgekommen, weil sich die Eigenschaften des Metalls in vielen Fällen als nicht zweckentsprechend erwiesen haben. Säuren grei- fen dasselbe an und es verliert bei chemischem Angriff seine weiße Farbe und wird schwarz. In vielen Fällen werden aber auch heute daraus noch Geräte

zu täglichem, gewerblichem und wissenschaftlichem Ge- brauche hergestellt, dort, wo es sich wegen seines ge- ringen Gewichtes empfiehlt, und wo mechanische und chemische Angriffe auf ein Minimum reduziert sind.

Die heutige Hauptverwendung liegt aber in der Metallurgie, wo es zur Herstellung blasenfreier Eisengüsse dient; dann wird es auch infolge seines elektropositiven Verhaltens zur Reduktion anderer Metalle aus ihren Oxiden oder zur Erzeugung hoher Temperaturen verwendet.

Unter den Gebrauchsgegenständen, welche gerin- ger Abnutzung unterworfen sind, seien hauptsächlich erwähnt: Glöden, Schlüssel, Opringläser, chirurgische Apparate, Fassungen von Magnetknoten, Wagebal- len, Büchsen, Schachteln usw.

Vielmehr wurde versucht, Aluminiumgefäße zur Aufbewahrung von Flüssigkeiten zu benutzen. So wurden Kochgeschirre und Feldausrüstungsgegenstände daraus hergestellt. Für Trink-, Ess- und Kochgeschirre empfiehlt es sich wegen seiner Leichtigkeit und wegen der Ungiftigkeit seines Oxides, welchen Vorteilen gegenüber oft die chemische Empfindlichkeit als ge- ringer Uebelstand betrachtet wird. Dessen Ausstoßen mit Sodaföschung, welche Behandlung bei Küchengeräten zur Entfernung des Fettes üblich ist, muß aber möglichst vermieden werden. Damit ist der Nachteil verbunden, daß sich das Gefäß mit einer fettigen, unappetitlichen Schicht überzieht, welche auch in hygie- nischer Beziehung nicht ganz unbedenklich ist. Bei Ver- wendung zu Tellern, Servierplatten, Löffeln und Gabeln machen sich die letztgenannten Uebelstände ebenfalls geltend.

In der deutschen wie in der französischen Armee scheinen sich Feldstaschen aus Reinaluminium be- währt zu haben. Besitzt das verwendete Metall da- gegen Verunreinigungen an elektronegativen Metallen, so erweist es sich zu dem letztgenannten Gebrauche als untauglich.

Sehr viel Verwendung findet heute das Alu-

einander im Zusammenhang stehen, einen Zklus bilden, sonst wird die Wahl des Themas in der Regel dem Redner überlassen und hängt so zu sehr von Zufälligkeiten ab; 4. den Rednern bleibt genügend Zeit zur Vorbereitung, wodurch der Vortrag gewinnt; dann können auch eher Mitglie der ein Referat übernehmen; 5. die Mitglieder wissen frühzeitig Bescheid von der Versammlung, dem Thema usw. und können sich danach richten, das eine oder andere Mitglied wird vielleicht auch angeregt schon vor der Versammlung geeignete Vorträge zu studieren, wodurch die Diskussion und mit ihr die Versammlung nur gewinnen kann; 6. der Vorstand braucht nicht den ganzen Winter nach Rednern jagen. Ein besonderer Vorzug liegt auch noch darin, daß die Bezirksleitung Vorträge, auf die sie Wert legt, vorschlagen kann und daß, wenn mehrere Ortsgruppen die gleichen Thematika wählen, diese von einem Redner übernommen werden können. Dadurch wird an Kraft gespart, in der Sache selbst mehr geleistet. Unzweifelhaft, durch ein geeignetes Winterprogramm bekommt das ganze Versammlungswe sen Sy stem; unsere Versammlungen gewinnen dann zweifellos auch an Zugkraft.

Ueber geeignete Thematika kann hier wohl wenig gesagt werden. Die müssen sich, wie schon angedeutet, nach den örtlichen Verhältnissen richten. In einer jungen Ortsgruppe, oder dort, wo in der letzten Zeit viele neue Mitglieder aufgenommen wurden, empfiehlt es sich wohl über das zu reden, was ein Gewerkschaftler an erster Stelle wissen muß. Unter solchen Umständen wurde z. B. in der Kreisleiter Ortsgruppe im letzten Winter gesprochen über: Die neuere Volkswirtschaftsentwicklung, die Entstehung des Lohnarbeiterstandes, seine wirtschaftliche Abhängigkeit, die Selbsthilfe, die verschiedenen Organisationsformen, die Staatshilfe, zur Bekämpfung des ganzen hielt ein Kollege zwischen durch einen Vortrag über ein Gebiet der Kunst. Der Erfolg dieses Programms konnte befriedigen. Wo die ersten Voraussetzungen gegeben sind, braucht man sich wohl gar nicht an das rein gewerkschaftliche zu halten. So wurden Vorträge über: „Wohnungskultur“, „Recht und Pflicht des Arbeiters“, „Die erste Hilfe bei Unfallsverletzungen“, „Maschinenbau“, „Die Arbeit in Kunst und Literatur“, „Weiterbildung“ u. dergl. neben gewerkschaftlichen Vorträgen starker Anklang finden und den Versammlungsteilnehmern eine Reihe von Vorteilen bieten.

Unlängst wurde für die Herausgabe einer „Frauenbeilage“ zu unserem Verbandsorgan pläbiert. Der Vorschlag verdient deshalb schon Beachtung, weil wir tatsächlich ernstlich Bedacht nehmen müssen, wehr an die Arbeiterinnen heranzukommen. Was bereiten die Frauen uns nach Schwierigkeiten, der Vertrauensmann kennt sie, und wie könnte es so ganz anders sein, wenn alle Frauen wüßten, was wir wollen, wenn sie etwas von unserem Geist hätten. Wenn nun eine Frauenbeilage noch nicht erscheinen kann, wie ist's da mit unserem Versammlungswe sen, kann das nicht nach der Richtung reformiert werden, daß regelmäßig Versammlungen mit Frauen stattfinden? Gewiß! Natürlich müßten solche Versammlungen eigens auf den Charakter der Frauen gestimmt sein. Der Erfolg solcher Versammlungen liegt auf der Hand.

Das sind alles mehr oder weniger Fragen, die die Vorbereitung der Versammlungen angehen. Noch einiges über ihren Verlauf.

Vor allem: Unsere Versammlungen müssen pünktlich beginnen, unter geschickter Leitung stehen — und kurz sein! Eine Versammlung z. B., die auf 11 Uhr vormittags festgelegt ist, aber erst gegen 12 Uhr beginnt, die sich dann teils holprig, teils schleppend hinzieht, und erst gegen 2 Uhr endet, hinterläßt bei den Teilnehmern einen schlechten Eindruck, der sicher manchen von der nächsten Versammlung zurückhält, wolle, wenn noch obendrein zu Hause die Frauen — und das lange nicht immer mit Unrecht! — wegen des späten zum-Essen-Kommen schmollen. Solche Nachspiele zu vermeiden, obliegt an erster

Stelle dem Versammlungsführer. Er sollte zunächst sichlich — und wenn's nicht anders ist auch dann, wenn erst wenige Kollegen anwesend sind, — die Versammlung pünktlich eröffnen und in die Tagesordnung eintreten. Der Laune keine Konzession! Das ist er den pünktlichen Kollegen schuldig, auf die andern wirkt er durch solche Maßregel erzührend.

Während der Versammlung muß der Vorsitzende bemüht sein, das Interesse für die Verhandlungen wach zu halten. Er muß streng auf Sachlichkeit der Diskussionseredner achten. Diese selbst sollten danach streben, sich kurz und klar auszudrücken, bereits Gejagtes nicht zu wiederholen, denn sonst ermüden die Versammlungsteilnehmer und andere werden un aufmerksam. Verstößen die Diskussionseredner gegen diese Regel, dann muß der Vorsitzende geschickt eingreifen, ohne zu kränken. Der Vorsitzende muß auch sich selbst vor dem zu viel Reden hüten; freilich darf er sich auch nicht damit begnügen, im einzelnen das Wort zu erteilen. Der Vorsitzende trägt sehr zur Hebung des Interesses für unser Verbandsorgan bei, wenn er auf Kritik verweist, die vielleicht den zur Verhandlung stehenden Gegenstand besprechen. Es befehlt die Diskussion, wenn er im geeigneten Moment auf ein neues Gebiet der nänlichen Sache überzugehen versteht, und es erstrebt, wenn ihm etwas Dummor zur Seite steht. Gegen Ende der Versammlung empfiehlt es sich wohl, einen kurzen Ueberblick über die wichtigsten sozialen Vorgänge der letzten Tage zu geben und eine kleine Zusammenfassung an die Versammelten zu richten. Das ewig-agitatorische sollte man möglichst vermeiden, das fällt den nänlichen Versammlungsteilnehmern nachher geradezu auf die Nerven; ist ja auch zwecklos, da die Anwesenden doch meist organisiert sind und die übrigen es ja gar nicht hören.

Dann muß darauf geachtet werden, daß die Versammlung zeitig endet. Das einfachste Mittel gegen eine zu weite Ausdehnung der Versammlung ist, die Tagesordnung nicht zu überladen. Da empfiehlt es sich wohl so zu machen, vorausgesetzt, daß die Versammlungen nicht weiter als 14 Tage auseinanderliegen: In der einen Versammlung stellt man in der Hauptsache einen Vortrag auf die Tagesordnung, in der anderen die Besprechung der Betriebs-, Arbeits- und Organisationsverhältnisse am Ort, nach Bedarf erweitert man den Kreis der Betrachtung. Dadurch wird am meisten die Gewähr für kurze, erfröhliche und fruchtbringende Verhandlungen geboten.

Es ist eine Lebensregel, dann von der Mahlzeit aufzustehen, wenn's gerade am besten schmeckt. So sollte auch eine Versammlung schließen, bevor die Teilnehmer übermäßig das Ende herbeiwünschen, oder gar vorzeitig aufbrechen. In der Kürze liegt die Würze. Ein Versammlungsführer kann übrigens manches dem Gastgeber nachahmen: gegen jeden Gast gleich zuvorkommend sein, um alle zu befriedigen, den Speisen verschiedene Geschmädler abgewinnen, geschickt servieren, nicht zuviel, auch nicht zu wenig auftragen, etwas Gutes für den Nachschick bereit halten. — Fürwahr, das Amt eines Versammlungsführers ist nicht leicht; es gehört dazu etwas Talent, viel Lust und Liebe, unermüdbares Bestreben. Es sage keiner: Ich kann es nicht und vermag auch nicht es zu lernen! Das ist nämlich gleichbedeutend mit: Ich mag es nicht können und will es nicht lernen!

W. G.

Stelle dem Versammlungsführer. Er sollte zunächst sichlich — und wenn's nicht anders ist auch dann, wenn erst wenige Kollegen anwesend sind, — die Versammlung pünktlich eröffnen und in die Tagesordnung eintreten. Der Laune keine Konzession! Das ist er den pünktlichen Kollegen schuldig, auf die andern wirkt er durch solche Maßregel erzührend.

Während der Versammlung muß der Vorsitzende bemüht sein, das Interesse für die Verhandlungen wach zu halten. Er muß streng auf Sachlichkeit der Diskussionseredner achten. Diese selbst sollten danach streben, sich kurz und klar auszudrücken, bereits Gejagtes nicht zu wiederholen, denn sonst ermüden die Versammlungsteilnehmer und andere werden un aufmerksam. Verstößen die Diskussionseredner gegen diese Regel, dann muß der Vorsitzende geschickt eingreifen, ohne zu kränken. Der Vorsitzende muß auch sich selbst vor dem zu viel Reden hüten; freilich darf er sich auch nicht damit begnügen, im einzelnen das Wort zu erteilen. Der Vorsitzende trägt sehr zur Hebung des Interesses für unser Verbandsorgan bei, wenn er auf Kritik verweist, die vielleicht den zur Verhandlung stehenden Gegenstand besprechen. Es befehlt die Diskussion, wenn er im geeigneten Moment auf ein neues Gebiet der nänlichen Sache überzugehen versteht, und es erstrebt, wenn ihm etwas Dummor zur Seite steht. Gegen Ende der Versammlung empfiehlt es sich wohl, einen kurzen Ueberblick über die wichtigsten sozialen Vorgänge der letzten Tage zu geben und eine kleine Zusammenfassung an die Versammelten zu richten. Das ewig-agitatorische sollte man möglichst vermeiden, das fällt den nänlichen Versammlungsteilnehmern nachher geradezu auf die Nerven; ist ja auch zwecklos, da die Anwesenden doch meist organisiert sind und die übrigen es ja gar nicht hören.

Dann muß darauf geachtet werden, daß die Versammlung zeitig endet. Das einfachste Mittel gegen eine zu weite Ausdehnung der Versammlung ist, die Tagesordnung nicht zu überladen. Da empfiehlt es sich wohl so zu machen, vorausgesetzt, daß die Versammlungen nicht weiter als 14 Tage auseinanderliegen: In der einen Versammlung stellt man in der Hauptsache einen Vortrag auf die Tagesordnung, in der anderen die Besprechung der Betriebs-, Arbeits- und Organisationsverhältnisse am Ort, nach Bedarf erweitert man den Kreis der Betrachtung. Dadurch wird am meisten die Gewähr für kurze, erfröhliche und fruchtbringende Verhandlungen geboten.

Es ist eine Lebensregel, dann von der Mahlzeit aufzustehen, wenn's gerade am besten schmeckt. So sollte auch eine Versammlung schließen, bevor die Teilnehmer übermäßig das Ende herbeiwünschen, oder gar vorzeitig aufbrechen. In der Kürze liegt die Würze. Ein Versammlungsführer kann übrigens manches dem Gastgeber nachahmen: gegen jeden Gast gleich zuvorkommend sein, um alle zu befriedigen, den Speisen verschiedene Geschmädler abgewinnen, geschickt servieren, nicht zuviel, auch nicht zu wenig auftragen, etwas Gutes für den Nachschick bereit halten. — Fürwahr, das Amt eines Versammlungsführers ist nicht leicht; es gehört dazu etwas Talent, viel Lust und Liebe, unermüdbares Bestreben. Es sage keiner: Ich kann es nicht und vermag auch nicht es zu lernen! Das ist nämlich gleichbedeutend mit: Ich mag es nicht können und will es nicht lernen!

W. G.

Der Arbeitsmarkt in der Metallindustrie.

(Monat September 1910.)

Metall- und Maschinenindustrie.

Die Hoheisenerzeugung war nach Berichten aus West-, Süd- und Mitteldeutschland gut. Ein Werk in Westdeutschland berichtet über ein außerordentlich starkes Angebot an Arbeitskräften. Nach den Berichten des Stahlwerkbundes bewegte sich die Beschäftigung der Verbände ungefähr im Umfang des Vormonats. Der Verband (449 082 To. Rohestahlgewicht) war 2493 To. höher als im August. Gegenüber dem September 1909 war die Beschäftigung etwas besser und der Verband um 10 178 To. höher.

Nach einem Berichte des Vereins zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Eisen- und Stahlindustrie von Elßaß-Lothringen und Luxemburg hat die Geschäftslage im verfloßenen Vierteljahr im allgemeinen eine langsame, aber stetige Besserung erfahren. Wenn auch nach Beendigung des Streiks im Baugewerbe die Bautätigkeit die erhoffte Entwicklung nicht nahm und die Beschäftigung in Formeisen deshalb auch jetzt noch schwach war, so gingen in Stabeisen die Abbrufe reichlicher ein. Ueber den Absatz in Oberbaumaterial wird immer noch weiter geklagt. Gegenüber dem vergangenen Vierteljahre hielt die Besserung im Beschäftigungsgrade an. Der Mangel an Arbeitern führte besonders im Hochofenbetriebe zu Lohnerhöhungen.

Die sächsische Walzwerkin d u s t r i e hatte befriedigend zu tun. Sämtliche Walzenstraßen waren voll beschäftigt. An Arbeitern herrschte ein geringes Ueberangebot.

Die Beschäftigung in der Herstellung nach-Lojer Mähren lag im September gut und besser als zur selben Zeit des Vorjahres. Es boten sich mehr Arbeiter an, als eingestellt werden konnten.

Die obersteifische Mähren- und Stabindustrie war sehr gut beschäftigt. Am 1. Juli wurde das deutsche Gas- und Siederohr Syndikat aufgelöst. Die Verbraucher hatten bis dahin mit den Aufträgen zurückgehalten. Durch den starken Preissturz nach Auflösung des Syndikats traten die Verbraucher mit sehr großen Aufträgen hervor. Die Beschäftigung war bedeutend besser als im Vorjahre.

Die Eisengießereien hatten im allgemeinen gut und besser als im Vormonate zu tun. Auch waren überall Arbeiter in genügender Zahl zu er-

halten. Nur in Leipzig fehlte es an Arbeitern infolge der Sperrung des dortigen Arbeitgeberverbandes.

Die Drahtindustrie war ausreichend mit Arbeit versehen. Die Aufhebung der Bauarbeiteraussperrung hat hier günstig gewirkt. Nicht so befreidigt äußerte sich ein Nürnberger Bericht.

In der Kleinmetallindustrie lag das Geschäft mittelmäßig. Die Beschäftigung in der Fabrikation von Schrauben, Muttern, Nieten usw. entsprach, wie aus Breslau berichtet wird, dem Vormonate und war zufriedenstellend; sie war erheblich besser als um die gleiche Zeit des Vorjahres. Nach einem Bericht aus Schlesten war eine Fabrik nur mäßig beschäftigt infolge des geringen Bedarfes der preussischen Staatseisenbahnen. Nach einem Bericht aus Groß-Berlin war das Geschäft in der Schrittzylinder- und Messingklüntenfabrikation etwas lebhafter als im Vormonate, doch konnten die Arbeitskräfte noch nicht wieder voll beschäftigt werden.

In der Nürnberger Blech- und Metallwarenfabrikation blieb, soweit Haus- und Küchengeräte, Blech-, Lackier- und Metallwaren in Frage kommen, die Lage gleich gut wie im Vormonate; Bedarf und Angebot an Arbeitskräften gleichen sich aus. Nach einem Bericht aus Westdeutschland war für Kupfer, Messing in Blechen, Stangen, Draht usw. die Beschäftigung fortgesetzt gut und gegen den Vormonate unverändert. Gegen die gleiche Zeit des Vorjahres war der Bedarf an Handelsmessing größer. An Arbeitskräften war kein Mangel.

Der Verein deutscher Werkzeugmaschinenfabriken in Düsseldorf berichtet über den Arbeitsmarkt im dritten Vierteljahr 1910, daß bei der Mehrzahl der berichtenden Betriebe die Beschäftigung genügt, bei einem Teile gut oder sogar reichlich vorhanden war. Gegen das zweite Vierteljahr 1910 wird die Beschäftigung nur von einem kleinen Teile als schlechter bezeichnet. Gegenüber dem dritten Vierteljahr 1909 wird überwiegend eine Besserung festgestellt. Arbeitermangel trat im allgemeinen nur vereinzelt auf, doch fehlte es hier und da an guten u. geschulten Arbeitern. Die Löhne zeigen eine steigende Tendenz. Die Arbeitszeit öfters gleich lang, nur in einzelnen Betrieben war wegen der kurzen Lieferfrist zeitweilig Ueberarbeit nötig.

Im allgemeinen Maschinenbau reichte die Beschäftigung aus, teilweise war sie sogar gut, hie und da stiegen auch die Löhne; Ueberstunden waren nötig.

In der Herstellung von Dampfkesseln, Armaturen usw. war das Geschäft zufriedenstellend. Nach einem Bericht aus Magdeburg wurden in einem Werte Lohnerhöhungen vorgenommen und war Ueberarbeit in mäßigem Umfange erforderlich.

Die Lage im Eisenkonstruktionsbau war nach den vorliegenden Berichten befriedigend. Ein Werk aus Westdeutschland mußte eine Stunde Ueberarbeit einlegen.

Ein Bericht über den Bau von Drahtseilbahnen und Verladevorrichtungen äußert sich günstig über die Beschäftigung, Ueberarbeit war erforderlich.

Soweit Berichte über Hebezeuge u. Transportanlagen vorliegen, äußern sie sich zufriedenstellend. Die Walk- und Wasmaschinenindustrie war nach einem Bericht aus Westdeutschland ziemlich schwach beschäftigt; gegen den Vormonate ist eine Verschlechterung eingetreten, die auf einen Rückgang der Lage in der Textilindustrie zurückgeführt wird. Es wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit um rund eine Stunde vorgenommen.

Die Lage in der Industrie der Maschinen für die Textilindustrie war befriedigend, nach einigen Berichten sehr gut. Ein Bericht spricht von Arbeitermangel und einem stetigen Steigen der Löhne.

Die Industrie für landwirtschaftliche Maschinen hatte nach der Mehrzahl der Berichte immer noch gut zu tun. Mehrere Fabriken mußten mit Ueberstunden arbeiten.

Die Berichte über die Arbeitsmarktlage in Fabriken für maschinelle Einrichtungen für Bergwerksbetriebe sprechen sich nicht mehr so günstig wie im Vormonate aus. Die Nachfrage nach Arbeit war nach einem Bericht unverändert stark.

In den Berichten aus dem Lokomotivbau wird die Lage nicht allzu günstig beurteilt.

In der Automobilindustrie hielt der gute Geschäftsgang weiter an. Ein Bericht aus Groß-Berlin meldet ein allgemeines Ueberangebot an ungelerten Arbeitern, aber einen Mangel an gelernten.

Mit ganz wenigen Ausnahmen melden die Berichte über den Eisenbahnbau einen unbefriedigenden Geschäftsgang. Eine Firma führt das schwächere Geschäft darauf zurück, daß von den preussischen Staatseisenbahnen weniger Peronen- und Güterwagen in Auftrag gegeben werden. In diesem Betriebe mußte die 10 stündige Arbeitszeit um zwei Stunden gekürzt werden.

Bei den an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Betriebskrankenkassen aus der Sitten-, Metallverarbeitungs- und Maschinenindustrie, die 554 259 männliche und 38 039 weibliche Mitglieder umfassen, ergab sich für männliche und weibliche versicherungspflichtige Mitglieder abzüglich der Kranken eine Zunahme von 1369. In Rheinland und Westfalen nahmen die männlichen Mitglieder um

2302 zu. Bei den gleichfalls berichtenden In- nungskassen der Metallverarbeitung und Ma- schinenindustrie, die 12 069 männliche und 218 weib- liche Mitglieder umfassen, ergab sich eine Abnahme der männlichen Mitglieder (- 88); bei den weib- lichen Mitgliedern trat kaum eine Veränderung ein (- 5).

Elektrische Industrie.

Die Industrie für Dynamomaschinen, Ak- kumulatoren, Elektromotoren u. Trans- formatoren hatte gleich gut wie im vergangenen Monate zu tun. Schwach dagegen war nach einem Bericht aus Groß-Berlin die Industrie für elektrische Fernsprech- und Signalapparate beschäftigt. Die Fir- men für Isoliermaterial, Drähte und Pa- bel waren gut beschäftigt. Eine Firma aus Groß- Berlin meldet einen Mangel an Metallarbeitern in einer Abteilung, die eingelegte zweite Schicht mußte aufrecht erhalten werden; in einer anderen Abteilung waren Ueberstunden erforderlich.

Befriedigend lag das Geschäft für elektrische Beleuchtungsgegenstände.

Der Geschäftsgang der Industrie elektrischer und galvanischer Vorhänge hielt sich nach einem Bericht aus Bayern auf gleicher Höhe wie im Vor- monate. In gleicher Weise befriedigend beschäftigt war die Industrie für elektro-galvanische Appa- rate, wie aus Bayern berichtet wird.

Aus der elektrischen Industrie liegen die Berichte der Betriebskrankenkassen mit 43 764 männ- lichen und 11 165 weiblichen Mitgliedern vor, hier hat sich während des Monats September die Zahl der männlichen Versicherungspflichtigen ohne Kranke um 1094, die der weiblichen um 371 vermehrt.

Gewerkschaftliches.

Irrige Auffassungen

über die christlichen Gewerkschaften, deren Wesen und Ziele, sind trotz aller Aufklärungsversuche noch immer in weiten bürgerlichen Kreisen vorhanden. Einen drastischen Beweis dafür liefert das führende Organ der konservativen Partei, die „Kreuzzeitung“ in einer Wochenendausgabe, in der über unsere Be- wegung folgendes gesagt wird:

„Die christlichen Gewerkschaften sind als eine politische Kampforganisation gegen die Sozialdemokratie gegründet worden, und ihre Führer haben bisher freundschaftliche Beziehungen zu monarchisch gesinnten Parteien unterhalten. In der Entwicklung der letzten Jahre zeigen sie freilich eine immer bedenklicher werdende Hinneigung zu den sozialdemokratischen Gewerkschaften — Hinneigung ist sogar schon zu wenig gesagt —; sie sind faktisch unter die Führerschaft der früheren Gegner geraten, da sie sich im Wettbewerb um die Gunst der Arbeiter mindestens so radikal benehmen zu müssen glaubten, wie die sozialdemokratische Konkurrenz. Sie erleben an sich daselbe, wie der Fortschritt, der so lange hinter der Sozialdemokratie herlief, bis ihm der Atem ausgeht. Der Tag rückt immer näher, an dem die sozialdemokratischen Gewerkschaften zu den christlichen Gewerkschaften sagen können: „Nun haben wir euch, wo wir euch haben wollten. Seien wir Freunde!“

Diese Auslassung ist von andern uns nicht- freundlich gesinnten Blättern wie der Rh. Westf. Ztg., der Dortmunder Ztg. und gleichgesinnten Un- ternehmerorganen mit unverhohlener Genugtuung be- grüßt worden. Endlich sei auch der „Kreuzzeitg.“ die richtige Erkenntnis über den wahren Charakter der christlichen Gewerkschaften aufgedämmert, so oratelt die dem Scharfmachertum dienbare Presse. Die Auffassung des konservativen Blattes wird dadurch nicht haltbarer, sie ist und bleibt eine vollständig irrige, eine durchaus falsche. Woher will die „Kreuz- zeitung“ die Beweise dafür erbringen, daß die Christ- lichen Gewerkschaften nicht nur zur Sozialdemokratie hinneigen, sondern schon „taktisch unter die Führer- schaft der früheren Gegner geraten“ sind? Auch nicht der Schatten eines stichhaltigen Beweises ist dafür beizubringen. Wenn die „Kreuzzeitung“ und ähnlich gesinnte rechtsstehende Kreise aber eine energische Vertretung der Arbeiterinteressen durch die Christ- lichen Gewerkschaften als Hinneigung zur Sozial- demokratie oder als Botmäßigkeit unter die früheren Gegner beurteilt, so zeugt das von wenig Sach- kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse im Arbeiter- lager; es beweist eben, daß den Kreisen der Kreuz- zeitung die energische Selbsthilfe der Arbeiter sehr unangenehm ist. Im prinzipiellen Verhältnis zwi- schen der christlichen Gewerkschaftsbewegung und der sozialdemokratischen Richtung hat sich seit der Grün- dung bis heute nichts geändert, es sei denn die Tatsache, daß die Gegensätze heute schärfer denn je sind. Davon kann auch der Umstand nichts ändern, daß die sonst schroff einander gegenüber stehenden Gruppen bei Lohnbewegungen, Tarifabschlüssen u. gelegentlich von Fall zu Fall gemeinsam vorgehen, um möglichst günstige Resultate für die Arbeiter zu erzielen, oder, was in den meisten Fällen auch von Unternehmerseite gern gesehen oder gewünscht wird, um die Verhandlungen zu vereinfachen und das Einigungsweesen fruchtbarer und einheitlicher zu ge- stalten.

Dieses gelegentliche Zusammengehen christlicher und sozialdemokratischer Organisationen ist aber für manche reaktionäre bürgerliche Kreise der Stein des Anstoßes. Sie vergessen oder übersehen dabei, daß eine ernsthafte Arbeiterorganisation praktisch abge-

bannt hätte, wenn sie einen anderen Weg einschlagen wollte. Sie würde aus dem Tarifwesen ausgeschiedet und so den Resonanzboden wie das Vertrauen der Arbeiterwelt dauernd versichert haben. Aber mit Gebilden wie den Berliner Fachabteilungen oder den gelben Werkvereinen läßt sich die Arbeiterschaft im Land der Dichter und Denker nicht einlassen, erst recht nicht dauernd zusammenhalten. Die Sozial- demokratie würde nichts lieber sehen, als daß die christlichen Gewerkschaften von der Bildfläche ver- schwänden, da sie es dann nur noch mit Scheinorga- nisationen a la Fachabteilungen und gelben Almosen- vereinen zu tun hätte. Erst dann würde, nein könnte sie sagen: „Nun haben wir euch, wo wir euch haben wollten.“

Blätter von der Bedeutung sind dem Einfluß wie die Kreuzzeitung handelten im wohlverstandenen Interesse der Gesellschaft und des Vaterlandes, wenn sie die christlichen Arbeiter ermunterten und ihre Be- strebungen unterstützten, statt ihnen durch solche Artikel nur noch weitere Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

Was sie alles sagen,

nämlich die Unorganisierten, um sich vorbeizudrücken, wird in der Gewerkschafts-Zeitung der „Westf. Arb.-Ztg.“ treffend wie folgt umschrieben:

„Ich bin schon zu alt“ sagen die einen, obgleich für keinen die Pflicht der Solidarität, der Opferwilligkeit, der christlichen Nächstenliebe mit der Zahl der Lebensjahre ab- nimmt oder gar aufhören kann. Die Alten sollten dann wenigstens an ihre Nachkommen, an die neue Generation denken. — „Ich habe die Organisation nicht nötig“, meinen die anderen, die ein sicheres Arbeitsverhältnis oder wohl- gestunnte Vorgesetzte resp. Arbeitgeber zu haben glauben. Ungezählte haben es bei großen Kämpfen schon am eigenen Leibe erfahren, daß sie falsch kalkuliert hatten. Wo gibt es ein dauerndes sicheres Arbeitsverhältnis? Und wer im Einzelfalle das Glück hätte, stünde dem nicht auch die Verpflichtung gegenüber, an die Mitmenschen zu denken, die den rauen Wechselfällen des Lebens preisgegeben, viel schlechter wie er daran sind? — „Ich will mir die Beiträge sparen“, sagen besonders „Alte“, und wissen nicht, daß sie am verkehrten Ende sparen. Nicht Tausende, aber Zehntausende haben den Beitrag von 50 oder 80 Pfg. pro Woche „gespart“, um sich bei erweiterter Gelegenheit fünf, sechs, gar zehn oder noch mehr Mark pro Woche vom Ar- beitslohn abzuziehen zu lassen. — Damit ist auch der tausend- mal wiederkehrende Einwand schon widerlegt: „Die Bei- träge sind mir zu hoch.“ Sie sind nicht zu hoch; jeder katholische Arbeiter kann sie bezahlen, wenn nur der gute Wille vorhanden ist. — „Es nützt ja doch nichts“, meinen dann wieder merkwürdige Psittakisten, die mit verbundenen Augen und zugestopften Ohren durchs Leben gehen, sonst könnten sie die offensichtlichsten materiellen Erfolge wie die gewaltige geistige Kulturarbeit der Gewerkschaftsbewegung doch nicht einfach über sehen. — „Wenn die Gewerkschaften etwas erreichen, bekommen wir auch was mit“, denken (sagen tun sie's selten), endlich die Schmarotzer, die mit- ernten wollen, wo andere gesät, die Erfolge genießen wollen, wo andere die Opfer brachten. Es ist die schlimmste Spezies in unserem Arbeiterstand; sie ist noch gefährlicher wie die Gelben, die ihre Judaskrolche wenigstens nicht verheimlichen können.

Hier haben wir die ganze Reihe von Einwendungen, die den Mangel an Opferwilligkeit verschleiern sollen. Doppelt schlimm ist, wenn das gezeichnete Bild auf führende Glieder unserer Vereine zutrifft. Damit kommen wir zu einem der größten, folgenschwersten Uebelstände in manchen Arbeitervereinen, zu einem schweren Gemisch aus der Gewerkschaftsarbeit. Es ist das schlechte Beispiel von Vor- standsmitgliedern und Vertrauensmännern die es mit ihrer Stellung noch vereinbaren können, unorganisiert in den Tag hinein zu leben. Nichts wirkt nachteiliger wie das. Tausende richten sich danach. Wie viele wären heute wohl organisiert, wenn sie sich nicht auf den Indifferentismus von Vorstandsmitgliedern und Vertrauensmännern berufen könnten. Hier muß der Hebel angelegt werden. Leute, die es bezärglich ablehnen, ihre einfachste Arbeiterpflicht zu erfüllen, die gehören nicht in verantwortliche Stellen in unsern konfessionellen Vereinen, sie passen nicht in unsere kampfburchtobte Gegenwart.

Es sei noch kurz erwähnt der Widerstand der Frauen. Aus angeborener Nachgiebigkeit, aus geistiger Unfähig- keit oder um des lieben Friedens willen lassen sich Männer von unverständigen oder unaufgeklärten Frauen zur ge- werkschaftlichen Abstinenz bestimmen. Das ist falsch. Wir wollen hier keine Steine auf die Frauen werfen, auch nicht auf die allzu energisch veranlagten; die Hauptschuld tragen ja doch die Männer, die sich beugen. Sie ver- stehen es eben nicht, ihre Frauen aufzuklären, sie für unsere Aufgaben zu interessieren, sie zu erziehen, damit sie aus Gegnerinnen zu Freundinnen und Förderinnen unserer Sache werden.

Wir sind zu Ende. Vollständig ist unser Bild nicht. Und doch wird es nicht wenige katholische Arbeitervereins- mitglieder und vielleicht auch Leser der „Westdeutschen Ar- beiterzeitung“ geben, die sich in dem Silbe wiederfinden. Sie mögen die richtige Neuanwendung daraus ziehen.

Demokratie und Vertrauen.

Der sozialdemokratische Parteiführer Bebel hatte auf dem Diageburger Parteitag in seinem Referat zum Budgettraktat u. a. folgendes ausgeführt: „Die Komun, sagten die Römer, sollen sehen, daß den Gemeinwesen kein Schaden erwächst, müssen da- über wachen, daß die Parteiführer keinen Schaden tun. Demokratisches Mißtrauen, und noch- mals demokratisches Mißtrauen gegen alle ohne Aus- nahme, auch gegen mich.“ — Dieserhalb wird Bebel vom „Grundstein“ Nr. 44, dem Organ des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes zwar sach- lich höflich aber doch entschieden eines bessern belehrt.

Zu der Aeußerung Bebel's bemerkt das sozialdemokratische Gewerkschaftsblatt:

„Das ist eine Sentenz, der an sich unter dem Gei- st der Grundförmigkeit nicht widersprochen wer- kann, deren praktische Bewährung aber doch an gen- Voraussetzungen gebunden ist. Ohne Zweifel haben die Glieder einer demokratischen Gemeinschaft, sei sie St- politische Partei oder gewerkschaftliche Organisation, Aufgabe, im Gegensatz zu blinder Vertrauensfülle Tätigkeit der Führer und Vorwärtler so aufmerksam gewissenhaft wie nur möglich zu überwachen. Aber das entscheidende bestreitet wir, daß diese Ueberwach- unbedingte und unter allen Umständen von Mißtra- beherrscht sein muß. Die andere vom Genossen Bebel e- gesprochene Sentenz: „Demokratisches Mißtrauen gegen alle o- Ausnahme, auch gegen mich“, erkennen wir nicht. Wir können sie nur auffassen als einen im Augenblicke erregten Nebenbeschluss unternommenen, aber nicht gültigen Versuch, die erste Sentenz noch etwas drastisch zu be- kräftigen. Ihr gegenüber stellen wir den Satz auf: „Der- kratisches Vertrauen gegen jeden, der sich dessen wür- erweist, gegen jeden, der nicht Grund zu berechtigtem M- trauen gibt.“ Wir nehmen für den echten und rech- demokratischen in all seinen Bestatungen die Tugend demokratischen Vertrauens in Anspruch. Ohne sie ist kein demokratisches Gebilde, keine sozialdemokratische P- tei, keine große gewerkschaftliche Organisation, keine noffenhaft bestehen und gedeihen. Nichts ist mehr eignet, sie zu schädigen, als Mißtrauen aus Grund- und Mißtrauen aus Unverstand, Vorurteil und falscher Willensrichtung.“

Die Art, wie hier der anerkannte Führer d- Sozialdemokratie „belehrt“ wird, ist mit ein Bei- dafür, wie sehr seine Autorität im schwinden g- riffen ist! Andererseits ist es aber auch bemerkens- wert, daß der „Grundstein“ sich so entschieden geg- ein grundsätzliches Mißtrauen in demok- tisch aufgebauten Organisationen wendet und o- Stelle dieser zersetzenden Eigenjährt Vertraue verlangt. Die gewerkschaftliche Praxis ist hier Vel- meister gewesen und diese Praxis hat schon so ma- chem theoretischen Lehrgebäude des Sozialismus d- Todesstoß versetzt. So auch in dieser wichtigen Frag- die man ohne Ueberschätzung als eine Lebens- frage der Gewerkschaftsbewegung bezeichnen kan- Ohne Vertrauen der Mitglieder zu den selbst- wählten Führern kann weder Ordnung noch Di- ptilin aufrecht erhalten, kaum vor allen Dingen lei- positive Gewerkschaftsarbeit auf dem Gebiete des A- beitsvertrages, Tarifwesens u. s. f. geleistet werde- Daß selbst sozialdemokratische Gewerkschaftsorgan- dies gegenüber dem ersten sozialdemokratische- Führer betonen müssen, zeigt auf's neue, daß d- Sozialismus im innersten Wesen gewerkschafts- in- lich ist.

Streits und Lohnbewegungen.

Zur Lohnbewegung in der Borsheimer Schmelz- Kettenindustrie.

Ueber den Anfang dieser Bewegung ist in N- 42 unseres Organs schon berichtet worden, wob- die rundwegablehnende Antwort des Arbeitgeber- bandes mitgeteilt ist. Durch diese bedauerliche Ste- lungnahme der Unternehmer war der Weg zu eine- friedlichen Verständigung verlegt und eine An- spitzung der Gegensätze unvermeidlich geworden. Die Arbeiter haben im weiteren Verlauf der Angelegenhe- beschloffen, die Kündigung einzurufen. In eine- am 22. Oktober stattgefundenen Versammlung unsere- christlichen Metallarbeiterverbandes wurde folgende- Beschluß gefaßt:

„Die heutige gutbesuchte Mitgliederversammlung d- christlichen Metallarbeiterverbandes besaßte sich in eingeh- dem Maße mit der erfolgten ablehnenden Antwort d- Arbeitgeberverbandes. Zum allermindesten erwartete d- Versammlung die Ankündigung einer Aussprache. Dur- den schroff ablehnenden Standpunkt, den der Arbeitgebe- verband jedoch in der Sache einzunehmen für geetnet h- lte, erhob er die Arbeiterjährt der aus diesem Standp- sich naturgemäß ergebenden Folgen. Die christlich-nationa- Arbeiterschaft erklärt in dieser Haltung des Arbeitgeber- verbandes eine Ablehnung aller, auch der bescheidenen und berechtigten Forderungen. In Anbetracht dessen kan- es für die christlich-nationale Arbeiterschaft keine andere- Stellung geben, als mit dem folgenden Jahrtag die Kün- digung einzurufen.“

Im Hinblick auf den Ernst der Situation wie für die- erfolgreiche Durchführung des Kampfes ist es erforderlich, daß sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Ketten- branche die Kündigung vollziehen. Wer es nicht tut, mach- sich zum Verräter an der Sache der Arbeiterschaft, mach- sich zum Streikbrecher.

Die Versammlung nimmt gleichzeitig Veranlassung, den- arbeiterschädigenden Verhalten der sozialdemokratischen Ge- werkschaftsführer im Verlauf der bisherigen Bewegung die gebührende Mißbilligung auszusprechen. Ebenso ver- sprechen die Versammelten, mit allen Kräften für die St- rung des christlichen Metallarbeiterverbandes besorgt z- sein, bis der letzte christlich-nationale Arbeiter und Ar- beiterin der hiesigen Hauptindustrie demselben ange- schlossen ist.“

Der weitere Verlauf des Kampfes brachte eine- heftige Preßfehde zwischen dem Arbeitgeberverband- und dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband- die in Flugblättern und großen Inseraten der Tar- gespreßte ausgefochten wird. Dabei ließ der Arbeit- geberverband kein Mittel unversucht, um die Ar- beiter zum Umfall zu veranlassen, was in mehreren- Betrieben (bezeichnenderweise hauptsächlich in roten- Domänen) nicht ohne Erfolg blieb. Eine große An- zahl Arbeiter ließen sich einschüchtern und nahmen

die Kündigung zurück. Um noch mehr Druck auszuüben, drohte der Arbeitgeberverband mit einer Aussperrung der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter. In einer am 31. Oktober abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung, in der von 338 Mitgliedern 302, sowie Vertreter Pforzheimer Bankhäuser anwesend waren, wurde einstimmig folgende Entschliessung angenommen:

„Die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes für Pforzheim und Umgebung vom 31. Oktober 1910 beschließt:

1. Falls in einem Betriebe eine allgemeine Kündigung (nicht nur der Kettenmacher und Kettenmacherinnen) erfolgen sollte, werden am 6. November d. J. sämtliche Kettenfabriken, am 12. November d. J. sämtliche übrigen Bijouteriefabriken der im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Arbeitnehmererschaft kündigen. Die Arbeitswilligen werden nach wie vor geschützt und die Betriebe aufrecht erhalten.

2. Die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes für Pforzheim und Umgebung erklären sich solbbarisch und verpflichten sich, von heute ab bis zur Aufhebung dieses Beschlusses Arbeiter und Arbeiterinnen irgend welcher Art nicht anzunehmen und den gegenseitigen Respekt an Arbeitern und Arbeiterinnen strengstens zu respektieren. Arbeitergesuche in der Presse und auf dem städtischen Arbeitsamt sind unter allen Umständen bis auf Widerruf dieses Beschlusses zu unterlassen.

3. Es wird ein Streikabwehrfonds gebildet in Höhe von 1 Prozent der im letzten Jahre gezahlten Löhne. Zu demselben wird sofort von den Mitgliedern die Hälfte von der Kasse des Arbeitgeberverbandes eingehoben. Pforzheim, den 31. Oktober 1910.

Dieser Beschluß scheint im sozialdemokratischen Lager starke Beklemmungen verursacht zu haben, denn am nächsten Tage wurde ein Flugblatt mit folgendem Inhalt zur Verbreitung gebracht:

„Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Pforzheim.

An die organisierte Arbeiterschaft der Hauptindustrie! Werte Kollegen und Kolleginnen! Sollen Euch die Unternehmer fragen, ob Ihr organisiert seid, so antwortet: „Nein!“ Das empfehlen wir allen unseren Mitgliedern.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Mit dieser Aufforderung wurde die Situation noch verschärft und verworren, wie sie schon gewesen war. Deutlich geht dies aus einem Eingekantet im „Pforzheimer Anzeiger“ hervor, wo es heißt:

„Seute morgen tritt mittels Flugblattes die Zeitung der Organisation an die Mitglieder mit dem Ansuchen heran, auf die Frage ihrer Prinzipale, ob sie in der Organisation seien, mit „Nein“ zu antworten. Diese im höchsten Grade unmoralische Verleitung zum Massenlügen kennzeichnet am besten den Charakter der Führer und nimmt ihnen den letzten Schein der Berechtigung, die Interessen unserer Arbeiterschaft zu vertreten. Auf der anderen Seite muß diese nicht genug zu verurteilende Unmoral in allen Arbeitgebern den danach einzig möglichen Entschluß zeitigen, mit solchen Führern unter keinen Umständen zu verhandeln.“

Wie sich die Dinge nun weiter entwickeln werden, ist zur Zeit noch nicht abzusehen. In mehreren Fällen haben Arbeiter die Zurücknahme der Kündigung widerrufen, sobald aus dem Durcheinander augenblicklich niemand richtig klug werden kann.

Schärfste Verurteilung verdient das arbeiterverräterische und heberische Treiben der sozialdemokratischen Führer gegenüber den christlich organisierten Arbeitern. Die Obergenossen scheinen an einem überspannten Größenwahn und fanatischen Machtvoller zu leiden, diktiert von unwändigem Haß gegen Andersdenkende. Nach Berichten der Tagespresse soll der als Fanatiker unruhlichst bekannte Herr Vorhölzer in einer Versammlung gesagt haben: „Er habe sich dort (in Schw. Gmünd) mit den „Christen“ in gar keiner Weise beschäftigt; sie waren uns Luft, nichts mehr und nichts weniger.“

Was dieser Mann seinen woten Gläubigen nicht alles zu bieten mag. Derselbe Vorhölzer, der es „den „Christen“ hoch“ wollte, „daß ihnen das Mädchen im Bauch rum surt“, der in jeder Versammlung wie ein Berserker über die verhassten „Christen“ seinen Wortschatz an Schimpfworten ergießt, der ihnen in jedem Zeitungsartikel den Krieg bis aufs Messer erklärt, stellt sich vor seine Pforzheimer Genossen hin und deklamiert, die „Christen“ seien ihm Luft, nichts mehr und nicht weniger. Sein fehnlichster Wunsch, den Christlichen möchten die Mitglieder scharenweise weglaufen, wird allerdings nur ein schöner Wunsch bleiben, dafür hilft er mit seiner fanatischen Heberarbeit schon selbst mit. Denn vernünftig denkende Arbeiter — auch Sozialisten — werden von einer solchen — die Arbeiterbewegung vergiftenden Heberarbeit nur abgestoßen und angeekelt.

In seiner grenzenlosen Ueberhebung erklärte Vorhölzer in der vorhin erwähnten Versammlung, daß wenn es zu Verhandlungen kommen sollte, unter keinen Umständen der christliche Metallarbeiterverband dabei sein dürste, andernfalls er unter keinen Umständen verhandle. Es scheint, daß der Herr aus seiner Blamange, die er sich in Schw. Gmünd holte, nichts gelernt hat. Ob sich die Herren Arbeitgeber in der Edel- und Uedelmetallindustrie unter den Diktator Vorhölzer beugen und sich vorzubereiten lassen, wer zu eventl. Verhandlungen beigezogen werden soll, bleibt abzuwarten. Andererseits ist es eine Frage, ob die vernünftige Arbeiterschaft

auf die Dauer solche, dem fanatischen Haß und Ehrgeiz gewisser „Führer“ entsprungene Extratouren gutheißen kann, die ja, wie die Werftarbeiterbewegung lehrt, der Arbeiterschaft Hunderttausende unnötige Streikkosten verursachen und die ganze Aktionskraft zum Schaden der Arbeiterschaft abschwächen. Wenn in dem Moment, wo von der Arbeiterschaft äußerste Solidarität verlangt wird, ein beträchtlicher Teil derselben und gerade dann von diesen Solidaritätspredigern mit Zusätzen regaliert wird, wenn sich derselbe bereit erklärt, mit allen erlaubten Mitteln mitzuarbeiten an der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Goldschmiede, dann ist die gewissenlose Taktik dieser „Führer“ gekennzeichnet.

Auf eine diesbezügliche Erwiderung unserer Ortsverwaltung in der Tagespresse erklärte Vorhölzer nochmals, seinetwegen könne der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes mit den „Christen“ verhandeln. Aber — so erklärte er weiter mit gehobener Stimme und dabei schlug er auf das Pult — „wir verhandeln mit den Arbeitgebern nicht, wenn die „Christen“ dabei sind.“

Der Fanatismus und Christenhaß dieses Obergenossen ist tatsächlich nicht mehr zu überbieten, er verdient tatsächlich bald nur noch pathologisches Interesse. Den Interessen der Arbeiterschaft kann ein solcher Mann aber zum schwersten Schaden, schließlich zum Verhängnis werden.

Die christlich gestimmten Gold- und Silberarbeiter werden aber trotz aller Verleumdungen und Hazerien seitens der Gegner unbeirrt und treu zu ihrer Organisation stehen und ihren Weg weiter gehen. Jetzt erst recht, sagen sie sich und arbeiten mit allen erlaubten Mitteln daran, den christlichen Metallarbeiterverband zu stärken und gegen alle Stürme widerstandsfähig zu machen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zug fort.

Menden i. W. Bei der Firma Theodor Klusendorf (Hofeslamp), bestehen Differenzen.

Emmerich. Ueber die Firma Reintges, Niederrheinische Maschinenfabrik, ist die Sperre verhängt.

Essen-Ruhr. Die Klempnergesellen von Essen stehen im Streit zwecks Abschluß eines Tarifvertrages.

Elberfeld. Die Arbeiter der Firma Jäger, Eisenfabrik, stehen im Streit.

Heheim. Ueber die Firma Hübenet & Gerling ist wegen Herabsetzung der Akkordsätze die Sperre verhängt. Zugang von Metallbrüchern, Schlossern und Klempnern ist fernzuhalten.

Kemscheid. Die Maschinenbauer und Hülfsarbeiter der Kemschelder Feilenindustrie stehen in einer Lohnbewegung.

Sundern bei Arnsberg i. W. Ueber die Firma Anton Brumberger ist die Sperre verhängt.

Barmen. Die hiesigen Klempner und Installateure stehen im Streit.

Sundern bei Arnsberg i. W. Bei der Firma Winterhoff sind wegen Lohnabzügen Differenzen ausgebrochen. Zugang von Metallbrüchern, Schleifern und Klempnern ist fernzuhalten.

Düsseldorf. Die hiesigen Elektromonteuere stehen im Streit. Bis jetzt haben nur einige Firmen die Forderungen anerkannt.

Hierlohn. Bei der Firma Raschloer u. Crone, Hierlohn, stehen die Kettenschmiede im Streit.

Pforzheim. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Pforzheimer Schmuckkettenindustrie stehen in einer Lohnbewegung. Zugang ist fernzuhalten.

Mülhausen im Elsaß. Der Streit der Klempner zwecks Erneuerung des Tarifvertrages ist beendet.

Barmen. Der Streit auf der Wuppertaler Eisenhütte ist beendet.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 13. November 1910 der sechsendvierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 13. bis 20. November 1910 fällig.

Das Protokoll der 6. Generalversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes,

abgehalten am 3., 4., 5. und 6. Juli d. J. in Burgader zu Duisburg, ist soeben erschienen. Es umfaßt 126 Seiten. Aus der reichen Fülle von interessantem Material, das die Verhandlungen bieten, heben wir hervor:

Tagesordnung der 6. Generalversammlung, Geschäftsordnung, Bureau, Präsenzliste und Anträge. Eröffnung und Konstituierung, Festversammlung.

Gehtäftsbericht und Rechnungsablage, Diskussion des Geschäftsberichtes und Bericht der Revisoren.

Referat: „Die Bundesratsverordnung für die Großindustrie und die Stellungnahme des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller.“ Diskussion hierzu, Diskussion des Vortrages und Resolution die Arbeiter in den Bergwerken betreffend.

Referat: „Das Arbeitsnachwezwesen.“ Diskussion dieses Vortrages und Resolution das Arbeitsnachwezwesen betreffend.

Veratung der gestellten Anträge. Referat über „Gewerkschaft und Jugendfrage.“ Diskussion dieses Vortrages und Schlußrede des Verbandsvorsitzenden Wleber.

Das Protokoll ist geschmackvoll broschiert und enthält ein Inhaltsverzeichnis nebst Sprechregister und Literaturverzeichnis. Für die Mitglieder kostet das Stück 0,30 M., im Buchhandel 1,— M., ausschließlich Porto. Bestellungen sind zu richten: An die Hauptgeschäftsstelle des christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands, Duisburg, Seitenstr. 17. Die Ortsgruppen müssen den Vertrieb der Protokolle sofort in die Hand nehmen und systematisch organisieren.

Die Abrechnung vom 3. Vierteljahr haben trotz der wiederholten Mahnung folgende Ortsgruppen noch nicht eingesandt:

- Alme, Ahlen, Bruchsal, Bamberg, Breslau, Braunschweig, Beverungen, Böttingen, Clausthal, Chemnitz, Düren, Erlangen, Furtwangen, Fulda, Frielingsdorf, Goch, Gmünd, Harburg, Hötensleben, Hildesheim, Jülich, Immigrath, Kattowiz, Königshuld, Urdlar, Leer, Lauterbach, München, Merzweiler, Menden, Mecherich, Martrich, Magdeburg, Neustadt i. Schl., Neisse, Opperu, Oberursel, Paderborn, Peine, Rheinfelden, Raderbornwald, Stuttgart, Al. Steinheim, Schwermingen, Schmelm, Siegen, Seligental, Theresenhütte, Triberg, Wosjowka, Wülfel, Worms, Wiesbaden, Weiherhammer.

Der diesmaligen Zeitungsendung an die Ortsverwaltungen liegt das Protokoll der 6. Generalversammlung und das Jahrbuch 1911 bei. Beide Bücher sind für die Bibliothek der Ortsverwaltung bestimmt und werden in Rechnung gestellt. Der Betrag von 80 Pfg. ist bei der nächsten Abrechnung mit einzusenden.

Die Vorstände werden ersucht, den Vertrieb beider Schriften energisch zu betreiben. Bestellungen sind direkt an die Zentrale zu richten.

Stromberg-Nauort. Das Mitgliedsbuch Nr. 96469, lautend auf den Namen Josef Freisburg, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.

Aus dem Verbandsgebiet.

Haum (Westf.) Seit einiger Zeit ist in verschiedenen Betrieben der Westfälischen Drahtindustrie ein neuer Geist eingezogen. Es sind die Betriebe des Herrn Ingenieurs Bollmann. Dieser Herr scheint es darauf abgesehen zu haben, unter allen Umständen die Arbeiterschaft zu provozieren. Seine Maßnahmen zeugen von einer großen Rücksichtslosigkeit. Einige Begebenheiten mögen dies beweisen.

Die Arbeiter gehören jedenfalls nicht zu den beneidenswertesten Arbeiterkategorien. Sie sind stets dem Unbill der Witterung ausgesetzt und haben eine sehr schwere Arbeit. Der Lohn beträgt 3,25 M. Für den Gewerkschaftsgedanken waren sie nicht zu haben. Herr Bollmann aber sorgte durch sein Verhalten dafür, daß sie sich unserem Verband anschlossen. Während sie früher durch einige Stunden Sonntagsarbeit ihren Verdienst etwas steigern konnten, fällt das jetzt fort. Es ist an und für sich zu begrüßen, wenn die Sonntagsarbeit abgeschafft resp. eingeschränkt wird. Man soll das aber nicht lediglich auf Kosten der Arbeiter tun, sondern durch eine entsprechende Erhöhung des Lohnes einen Ausgleich herbeizuführen suchen. Aber nicht nur die Sonntagsarbeit fiel aus, sondern es wurden auch noch in der Woche Feiertagen eingelegt. Sparen ist ja eine gute Eigenschaft, aber man soll nicht an der verkehrten Stelle anfangen. Es macht einen eigentümlichen Eindruck, wenn man sogar Invaliden, die von der Firma so quasi aus Humanität beschäftigt werden, mit Feiertagen beglückt, um den großen Taglohn für das Werk zu retten. Wir sind fest davon überzeugt, daß die Direktion mit einem solchen Vorgehen nicht einverstanden ist.

Daß bei einer solch liebevollen Fürsorge die Arbeiter sich der Organisation anschlossen, ist leicht begreiflich. Ob dieses dem gestrengen Herrn zu Ohren gekommen war, oder ob ihm etwas anderes bewog, wissen wir nicht; genug, er ließ durch den Meister hier Mann auf sein Bureau zitieren, um Aufklärung über ihre „Unzufriedenheit“ und „Schaffensmüdigkeit“ zu verlangen. Daß es ihm aber nicht darum zu tun war, sich mit den Leuten zu verständigen, geht daraus hervor, daß er kurz und bündig erklärte, die vier Leute sollten zur Strafe, weil sie „nicht genug leisteten“ von Montag bis Donnerstag feiern. Die Arbeiter, die sich keiner Pflichtverletzung bewusst waren, wandten sich beschwerdeführend an die Direktion. Hier bekamen sie ihr Recht, indem die angeordnete „Strafe“ rückgängig gemacht wurde. Was Herr Bollmann unter Recht versteht, geht daraus hervor, daß er einem Arbeiter, der zu ihm kam, um sein Recht zu suchen, erklärte: „Ach was, was heißt hier Recht!“ Also ein echter Schüler Tills, der schrieb: „Das Gerede von Menschenrechten gehört in die Kumpfkammer.“

Auch die Arbeiter des Walzwerks spüren seine Menschenliebe. Das Antreibersystem steht in voller Blüte, es

lann garnicht genug geschafft werden, damit nur ja viel Feierschichten eingelegt werden können. Wenn man dann bei Einlegung der Feierschichten noch Rücksicht wahren ließe inbezug auf den Sonntag! Aber weit gefehlt. Man legt den Betrieb Sonntag morgens 6 Uhr still und nimmt ihn Dienstag morgens 6 Uhr wieder auf. Man könnte aber gerade so gut den Betrieb Samstag abend ruhen lassen bis Montag abend. Die Leute hätten dann wenigstens einen ordentlichen Sonntag. Es wurde sogar mehrmals von den Leuten verlangt, die erste Schicht am Dienstag morgen um 6 1/2 Uhr anzufangen. Die Kollegen sagten sich mit Recht, daß sie mit 12 Stunden täglicher Arbeitszeit mehr wie genug haben; lägen eiltige Aufträge vor, würde man keine Feierschichten einlegen, dann könne man wie gewöhnlich um 6 Uhr anfangen.

Es mag dem Herrn Ingenieur doch wohl schon zum Bewußtsein gekommen sein, daß er hier nicht willenlos. Sklaven vor sich hat, wie er sie vielleicht in Sarabien, seinem letzten Wirkungskreis kennen gelernt hat.

Gott sei Dank sind die in Betracht kommenden Arbeiter aus anderem Holz geschnitten; sie sind zum weitaus größten Teil im christlichen Metallarbeiterverband organisiert, und werden ihre Menschenrechte zu wahren wissen. Im Interesse eines friedlichen Zusammenarbeitens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, wie es bisher auf der Westf. Drahtindustrie möglich war, ersuchen wir die Direktion, auch ihrerseits auf den Herrn Ingenieur einzuwirken, daß er das ebenso unnoble wie törichte seiner Handlungsweise einsteht; daß Ausdrücke, wie: „die Arbeiter müssen an die Wände ran gehen, wie die Hunde“ künftig unterbleiben. Sie sind nicht geeignet, den Frieden zu erhalten. Es könnten sonst eines Tages nicht zu vermeidende unliebsame Komplikationen entstehen.

Den Kollegen aber rufen wir zu: Schaut euch fester um das Banner des christlichen Metallarbeiterverbandes! Holt den letzten Mann in unsere Reihen, dann können wir mit Ruhe in die Zukunft schauen!

Hamm (Westf.). Am 26. und 27. Oktober fanden hier die Wahlen zum Gewerbeverein statt. Diefelbe haben eine erhöhte Bedeutung, weil sie zum ersten Male unter dem Verhältniswahlrecht, welches auf Antrag der christlichen Arbeiter eingeführt worden ist, getätigt wurden. Die christliche Liste erlangte einen geradezu glänzenden Sieg, indem sie alle vier Beisitzerstellen gewann. Es wurden Stimmen abgegeben: Christliche Liste 1433, sozialdemokratische 370, Hirsch-Dundersche 352. Letztere traten zum ersten Mal mit einer eigenen Liste auf. Bei der letzten Wahl 1907 hatte die sozialdemokratische Liste 262 Stimmen, die christliche 848. Während also die Sozialisten 108 Stimmen gewannen, weißt die christliche Liste ein Mehr von 585 Stimmen auf. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß bei der Wahl 1907 die S.-D. noch mit uns gingen. Der Ausfall der Wahl zeigt, was planmäßiges Arbeiten vermag. Je wütender sich unsere roten Kumpels gebärden, desto mehr haben wir agitiert und so werden wir es auch in Zukunft machen.

Hedderheim. Unser Versammlungsort befindet sich von jetzt ab im „Mainzer Hof“ und werden die Versammlungen daselbst jeden dritten Sonntag im Monat, nachmittags um 4 Uhr abgehalten. Zugleich werden die Kollegen gebeten, die Versammlungen fleißiger als bisher zu besuchen, denn nur im eifrigen Zusammenarbeiten kann die Ortsgruppe vorwärts kommen. Kollegen! Ueberlasst doch nicht alles dem Vorstand, arbeitet mit, tut eure Pflicht und eure kleine Mühe wird doppelt belohnt werden.

Schweinfurt. Anlässlich der hiesigen Wohnbewegung versuchen Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes auf unsere Kollegen einzuwirken und sie zu unüberlegten Handlungen zu verleiten. Demgegenüber sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Mitglieder unseres christlichen Metallarbeiterverbandes von niemandem Weisungen anzunehmen haben wie von unserer Bezirks- resp. Verbandsleitung. Was die Sozialdemokraten machen, ist deren Angelegenheit; danach haben sich unsere Mitglieder nicht zu richten. Wer dennoch ohne die ausdrückliche Anweisung oder Zustimmung unserer maßgebenden Verbandsinstanzen irgendwelche Schritte unternimmt, der handelt auf eigene Verantwortung und hat die Folgen selbst zu tragen. Mögen alle Mitglieder unserer Ortsgruppe dies beachten.

Anmerkung der Redaktion. Was hier mit vollem Recht von den Mitgliedern in Schweinfurt verlangt wird, gilt auch in allen übrigen Fällen für das ganze Verbandsgebiet. Leider kommt es noch immer hier und da vor, daß sich Kollegen von dritter Seite zu unvorsichtigen oder missbilligen Handlungen wie Kündigungen, plötzlichen Arbeitsänderungen etc. verleiten lassen. Das ist jagungs-widrig, mit der Ehre und dem Ansehen unserer Organisation nicht vereinbar und muß daher ganz entschieden verurteilt werden. Alle Mitglieder ohne Ausnahme haben sich streng an die Satzungen und Vorschriften des Verbandes zu halten und praktisch demgemäß zu handeln. Es darf vor allem in keine Bewegung eingetreten, erst recht dürfen keine Kündigungen oder Arbeitsänderungen erfolgen, wenn nicht die Genehmigung der Verbandsleitung vorher eingeholt ist. Dazu ist noch immer Zeit vorhanden. Unsere Mitglieder müssen gegebenenfalls auch jenseit Mut und Energie besitzen, um einmal gegen den Strom zu schwimmen, wenn man auf gegnerischer Seite zu unverantwortlichen Putsch hindrängt. Grundsatz muß stets bleiben: Für unsere Mitglieder sind nur die Direktiven der eigenen Verbandsleitung maßgebend.

Soziales.

Das neue Stellenvermittlungsgesetz.

Mit dem 1. Oktober ist das Stellenvermittlungsgesetz in Kraft getreten, durch das die private

Stellenvermittlung und die zahlreichen Schäden, die sich während der letzten Jahre in der privaten Stellenvermittlung gezeigt haben, beseitigt werden sollen. Das Gesetz wird aber mit der Zeit auch eine wesentliche Einschränkung der privaten Stellenvermittlung herbeiführen. Die Stellenvermittler müssen ferner hin um die Erlaubnis zur Betreibung ihres Gewerbes etukommen, diese Erlaubnis muß aber verjagt werden, wenn Tatsachen vorliegen, die auf eine Unzuverlässigkeit des Stellenvermittlers hinweisen. Von noch größerer Wichtigkeit ist eine andere Bestimmung, wonach die Erlaubnis zu verjagen ist, wenn für einen Ort oder für einen einheitlichen wirtschaftlichen Bezirk gemeinnützige Arbeitsnachweise in ausreichendem Umfang bestehen.

Diese Bestimmung dürfte eine bedeutende Zurückdrängung der privaten Stellenvermittler zur Folge haben, zumal dadurch die weitere Gründung von gemeinnützigen Arbeitsnachweisen angeregt werden dürfte. Eine Bestimmung, die besonders der Ausbeutung der Arbeitslosen entgegensteht, setzt fest, daß ein Stellenvermittler gewisse Nebenbetriebe wie Schankwirtschaft, Kleinhandel mit geistigen Getränken, gewerbsmäßige Vermietung von Schlafstellen Handel mit Nahrungsmitteln usw. nicht betreiben darf, auch zu Anpreisungen für das eigene oder irgend ein fremdes Gewerbe darf ein Stellenvermittler seinen Gewerbebetrieb nicht benutzen.

Die Gebühren der Stellenvermittler werden von Landeszentralbehörden oder den von ihr bezeichneten Behörden nach Anhören des Trägers des öffentlichen Arbeitsnachweises, von Vertretern der Stellenvermittler, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer festgesetzt. Ein Schutz für die Arbeitslosen besteht auch darin, daß die Stellenvermittler an den Gegenständen der Stellenlosen kein Zurückbehaltungs- oder Pfandrecht mehr haben. Wird einem Stellenvermittler die Erlaubnis zum Betrieb seines Gewerbebetriebes entzogen, so gilt dies für das ganze Reich, die Ueberschreibung der festgesetzten Taxen gilt als Grund zur Zurückziehung der Erlaubnis. Einzelne Bestimmungen können auch auf nicht gewerbsmäßig betriebene Stellennachweise angewendet werden.

Geldeingänge bei der Hauptkasse.

Monat Oktober.

- Wirstadt 40,09, Oldenburg 14,53, Hedderheim 109,92, Halle 61,80, Langelsheim 15,30, Mainz 15,58, Aachen 1000, Steffin 328,43, Unterlössen 14,22, Berlin 300,—, Saarbrücken 400,—, Landshut 80,50, Lübeck 130,84, Jürth 155,86, Gmünd 1100,—, Duisburg 1200,—, Speyer 60,21, Nebiges 87,60, Gebweiler 41,73, Hammerau 26,92, Heibelferg 165,03, Wötting 115,29, Erfurt 28,05, Amern 30,40, Königberg 25,50, Reife 66,40, Passau 87,55, Bamberg 52,74, Aachen 1382,70, Geißlingen 17,36, Mühlhausen i. E. 228,62, Roth 5,53, Neheim 530,—, Großauheim 105,40, Rempten 78,37, Lutflingen 234,54, Durlach 63,35, Eilenberg 745,32, Saarbrücken 1200,—, Heilbronn 85,28, Wülfingen 216,29, Altenau 40,93, Duisburg 800,—, Elm 1100,—, Bremerhaven 152,—, Wacha 50,17, Bepdorf 95,24, Dggersheim 46,58, Eßlingen 80,80, Waindorf 295,95, Dülken 119,66, Landsberg 24,57, Pegnitz 59,46, Heidenheim 60,16, Goppede 358,78, Vampertheim 68,45, Siegburg 170,89, Kiel 50,10, Silberfeld 93,91, Eilenburg 31,02, Freising 196,30, Bonn 204,45, Singen 135,91, Reichenheim 26,92, Sonthofen 172,08, Wolfenbüttel 98,93, Schwelm-Gebelsberg 1000,—, Schwabach 143,02, Berlin 422,59, Augsburg 341,78, Mühlhausen i. Th. 70,23, Mannheim 1000,—, Neustadt a. S. 114,94, Hildesheim 520,38, Elbing 7,40, Wm 296,52, Dänabriet 671,26, Wschaffenburg 69,94, Glauhan 24,71, Hönningen 78,57, Grevenbroich 36,36, Eupen 141,75, Dinlage 386,67, Salble, 207,80, Helmstedt 33,55, Dingelstedt 372,48, Eijenach 40,08, Lambrecht 24,80, Norden 63,08, Hoven 384,94, Dessau 163,90, Eijen 5079,54, Wallau 476,14, Dresden 44,10, Nieder-Elöhe 213,49, Olpe 330,69, Oer 322,39, Köhlseid 283,27, Flensburg 764,10, Ravensburg 152,38, Regensburg 266,57, Karlsruhe 221,50, Konstanz 46,48, Kiel 57,45, Freiburg 217,30, Elm 1529,10, Bergen 54,10, Giltensbach 214,30, Schweinfurt 222,93, Rabolzell 105,25, Offenbach 790,31, Ruppichterath 43,65, Böhrenbach 150,69, Bremen 280,62, Duisburg 520,06, Werbohl 258,13, Hannover 456,60, Stromberg 168,60, Aachen 20,68, Bocholt 85,92, Alfels 288,02, Rendsburg 26,34, Oberichstätt 159,05, Verbach 21,90, Schussenried 77,57, Frankfurt a. M. 623,56, Gelsenkirchen 1348,51, Delbe 709,41, Wilhelmshaven 110,16, Rheine 412,85, Hamburg 300, Ludwigshafen 150,12, Thale a. S. 130,38, Zweibrücken 25,80, Mart-Medwig 34,80, Solingen 1080,38, Bielefeld 1000,—, Pippstadt 1158,79, Plettenberg 103,40, Meissen 62,22, Neustadt i. B. 29,50, Oberhausen 1200,49, Bochum 878,58, Amberg 444,18, Rorheim 74,06, Todt-nau 10,73, Schramberg 406,18.

Briefkasten.

Wegen des Feiertages Buß- und Betttag am Mittwoch, den 16. November, muß schon am Samstag, den 12. November Schluß der Redaktion gemacht werden.

Sterbetafel.

Schnellweide. Am 24. Oktober starb unser Kollege Th. Brück im Alter von 51 Jahren an Magenkrebs.
München. Am 30. Oktober starb unser treuer Kollege Stefan Neubauer, Metallbrehet, 31 Jahre alt, an Lungenchwindbrucht.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

- Barmen.** Sonntag, den 13. Nov., morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung im Vereinslokal Oberbörnen 69. Vortrag über Arbeitskammern. Abends 7 Uhr musikalischer Abend in der Aula des Realgymnasiums, Bleicherstraße. (Karten im Vorverl. 20 Pf.) Die Adresse des Vorsitzenden ist: C. Dooß, Ködigerstraße 54; des Kassierers Anton Weyer, Hochstraße 8 l.
- Berlin.** Samstag, den 19. Nov., abends 7 1/2 Uhr in Schulz-Kassale, Am Köniagsgraben 14 a Mitgliederversammlung.
- Dorham.** Sonntag, den 13. Nov. 11 Uhr Versammlung im „Salemänder“, Alleestraße.
- Dortmund-Dorf.** Samstag, den 12. Nov., abends 8 Uhr Versammlung bei Sturm.
- Dortmund-Lüdinghausen.** Samstag, 12. Nov., abends 7 1/2 Uhr Versammlung bei Jung.
- Dortmund-Lünen.** Sonntag, 13. Nov., vorm. 11 Uhr, Versammlung bei Wömann.
- Dortmund-Warop.** Sonntag, 13. Nov., nachm. 5 Uhr Versammlung.
- Dortmund-Werne.** Sonntag, 13. Nov., nachm. 5 Uhr Versammlung bei Tellenborg.
- Dortmund II.** Dienstag, 15. Nov., abends 8 1/2 Uhr Vertrauensmännerversammlung bei Bergermann.
- Dortmund II.** Donnerstag, 17. Nov., abends 7 1/2 Uhr Versammlung bei Bernemann, Desterbrüschstr.
- Duisburg-Bruchhausen.** Samstag, den 12. Nov., abends 7 1/2 Uhr im Lokale Eckardt, Kaiserstr. Mitgliederversammlung mit Vortrag.
- Duisburg-Beek.** Sonntag, den 20. Nov., nachm. 5 Uhr Mitgliederversammlung bei Mülken, Kaiserstr.
- Duisburg-Neudorf.** Mittwoch, 16. Nov. morgens 11 Uhr bei Humpf (Vereinshaus) Wisnartstraße Mitgliederversammlung mit Vortrag.
- Duisburg-Raar.** Mittwoch, den 16. Nov., nachm. 5 1/2 Uhr, bei Janen Mitgliederversammlung mit Frauen. Referent Kollege Bergmann.
- Erzverwaltang Duisburg.** Am Sonntag, 13. Nov. können keine Mitgliederversammlungen stattfinden. Sämtliche Kollegen mit Frauen sollen an der Generalversammlung teilnehmen, welche am 13. Nov., nachm. 4 Uhr in Ruhrodt im Sontordalaal stattfindet. Referent: Zentralvorsitzender Wieber.
- Düsseldorf.** Sonntag, den 13. Nov., nachm. 3 Uhr im Paulushaus Generalversammlung der Verwaltungsstelle. Tagesordnung: 1. Berichterstattung über das 3. Quartal 1910, Kassenericht. Bericht der Revisoren. 2. Die Anstellung eines zweiten Lokalbeamten zum 1. Januar 1911. 3. Anforingung der Mittel für die erhöhten lokalen Bedürfnisse. 4. Geschäftliche Mitteilungen. Es wird erwartet, daß jeder Kollege pünktlich zur Stelle ist. Das Verbandsbuch ist am Saaleingang vorzugeben.
- Düsseldorf.** Sonntag, 20. Nov., vorm. 11 Uhr Bezirksversammlung in Eller.
- Düsseldorf-Berath.** Samstag, 19. Nov., abends 8 1/2 Uhr Bezirksversammlung bei Langenscherf, Mittelstraße.
- Düsseldorf.** (Klempner und Installateure.) Mittwoch, 16. Nov., abends 7 1/2 Uhr bei Reuter, Ost- und Klosterstr. Gde Branchenversammlung.
- Ensheim.** Sonntag, den 20. Novbr., nachmittags 3 Uhr Versammlung bei J. Franz in Eschingen.
- Essen (Kleingewerbe).** Samstag, den 12. November, abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im christlichen Gewerkschaftshaus Friedrichauerstraße 13.
- Essen-Holsterhausen.** Sonntag, den 13. Nov., morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant Buchner, Hobeisenstr.
- Essen-Suttrop.** Sonntag, den 13. Nov., morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant Stättrop, Steelerstraße.
- Essen-Werden.** Sonntag, den 13. Nov., morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant Leders, Vornstraße.
- Essen-Altendorf.** Sonntag, den 13. Nov., abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant Wink, Altendorferstraße.
- Essen-Nordost.** Sonntag, den 13. Nov., abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant „Zum Eiseller“, Deußstr.
- Essen-Frohnhausen.** Sonntag, den 13. Nov., morgens 11 Uhr Vorstands- und Vertrauensmännerziehung zwecks Saaleagitation. Alle Kollegen werden ersucht pünktlich zu erscheinen.
- Gelsenkirchen-Bulke.** Freitag, 18. Nov., abends 8 Uhr Versammlung bei Reiche.
- Gelsenkirchen-Füllen.** Sonntag, 20. Nov., nachm. 4 1/2 Uhr Versammlung mit Frauen bei Nachbarschulte.
- Gelsenkirchen-Schalke.** Sonntag, 20. Nov., vorm. 11 Uhr Versammlung bei Wegener.
- Halle (Saale).** Samstag, den 19. Nov., abends 8 1/2 Uhr in Schulzes Restaurant, Pfännerhöhe 74, Versammlung mit Vortrag des Kollegen Wagner.
- Hedderheim.** Versammlung jeden 3. Sonntag im Monat nachmittags 4 Uhr im Mainzer Hof.
- Leipzig.** Ortsartell. Am 13. Nov., vormittags 11 Uhr Besichtigung der Universität. Freunde, Bekannte und Nichtorganisierte mitbringen. Treffpunkt vor der Universität.
- Meuden.** Sonntag, den 13. Nov., nachm. 4 Uhr Familienfest der christl. Arbeiter von Meuden und Umgebung auf der „Kaiser Wilhelmshöhe“. Festredner: Kollege Schmitz-Köln.
- Oberhausen (Rheinl.)** Donnerstag, 17. Nov., abends 8 Uhr Unterichtsführung bei Remmerling, Düppel- und Königsstraße. Schluß 10 Uhr.
- Oer.** Sonntag, den 13. Nov., abends 8 Uhr öffentliche Versammlung mit Frauen.
- Rabolzfeld.** Samstag, den 19. Nov., abends 8 Uhr Mitgliederversammlung. Ref. Arbeitersekr. Kleibrink.
- Reinscheid.** Sonntag, den 20. Nov., vormittags 11 Uhr Versammlung bei Kris Vermann.
- Schweinfurt.** Freitag, den 18. Nov. bei Schömig (Gefäßkriener), Rüderrstr. Mitgliederversammlung.